

⇒ Hermann-Josef Große Kracht

»...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten« (Konrad Adenauer).
Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning

Das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist – neben der Bejahung der unantastbaren Würde des Menschen und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des parlamentarischen Verfassungsstaates – längst zu einer der zentralen Integrationsformeln, zu einem der wirkmächtigsten Elemente der bundesrepublikanischen Zivilreligion geworden. Diesem Bekenntnis ist heute eine ehrfurchts- und gehorsamsheischende semantische Macht zugewachsen, der sich keine wirtschafts- und sozialpolitische Meinung mehr entziehen kann, wenn sie sich nicht selbst aus dem Kreis der »ernstzunehmenden« Debattenbeiträge ausschließen will. Jeder, der heute den Versuch unternimmt, dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft frontal zu widersprechen, dürfte die bittere Erfahrung machen, damit jenseits des gesellschaftlich anerkannten Universums legitimer Diskussion angesiedelt und nicht weiter zur Kenntnis genommen zu werden – so als hätte er sich aus dem Feld der »seriösen« politischen Öffentlichkeit gewissermaßen selbst ex-

kommuniziert. Und offensichtlich war schon Konrad Adenauer der zivilreligiösen Kraft dieses Bekenntnisses ausgesetzt, als er Ende der 1950er Jahre im CDU-Parteivorstand erklärte: »Nun sage ich sicher nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten.« (Adenauer 1959/1994, 574; vgl. Anm. 24).

Im Rahmen dieser zivilreligiösen Aufladung der Sozialen Marktwirtschaft kommt es – was nicht weiter verwunderlich ist – immer wieder vor,

Hermann-Josef Große Kracht, PD Dr. phil., theol., habil. M.A.; 1962 in Glandorf/Krs. Osnabrück, Studium der Kath. Theologie, Soziologie, Philosophie, Geschichte und Erziehungswissenschaften; Akademischer Oberrat am Institut für Theologie und Sozialethik der Technischen Universität Darmstadt und Privatdozent für »Christliche Sozialwissenschaften« an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Münster.

Aktuelle Veröffentlichungen: Christentum und Solidarität, Paderborn 2008; Das System des Solidarismus, Berlin 2007 (jeweils Mitherausgeber).

dass man unbemerkt, dafür aber umso intensiver aneinander vorbeiredet, wenn man sich gleichermaßen inständig zu ihr bekennt. Denn auch wenn in unserem politischen Alltagsbewusstsein seit Jahrzehnten die Wahrnehmung vorherrscht, dass das Wirtschafts- und Sozialmodell der Bundesrepublik als Soziale Marktwirtschaft zu bezeichnen sei, so ist die Frage durchaus ungeklärt, ob die deutsche Nachkriegsordnung zu Recht oder zu Unrecht auf diesen Namen getauft wurde. Nicht zuletzt das in den letzten Jahren in Politik und Publizistik allenthalben zu beobachtende Ludwig Erhard-Revival nährt erneut den Verdacht, dass die ursprünglich von Müller-Armack entwickelte und von Erhard politisch propagierte Soziale Marktwirtschaft mit der real existierenden Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik keineswegs deckungsgleich ist. Von daher zieht sich durch die politisch-moralischen Selbstverständigungsdebatten der Republik seit langem eine notorische, aber viel zu selten thematisierte Missverständnisträchtigkeit, die sich auch deshalb so schwer aufklären lässt, weil das allgegenwärtige Bekenntnis zu dieser Sympathieformel relevante programmatische und institutionelle Unterschiede zwischen Müller-Armacks ursprünglicher Konzeption und der seit den 1950er Jahren etablierten bundesdeutschen Realität Sozialer Marktwirtschaft schon semantisch gewissermaßen invisibilisiert (1.). Vor diesem Hintergrund will ich in diesem Beitrag – in der gebotenen Ausführlichkeit – nachzeichnen, wie Alfred Müller-Armack die von ihm propagierte und bis heute immer wieder angerufene »bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft« verstanden wissen wollte, inwiefern sich in ihr religiös-moralische Motive protestantischer, genauer gesagt: calvinistisch-pietistischer Provenienz artikulieren und warum sie keineswegs als tragfähiges Leitbild für das Programm und Profil des *social capitalism* der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialordnung gelten kann (2.). Im Anschluss daran will ich – im Rahmen einer knappen Skizze – deutlich machen, inwiefern Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister unter Konrad Adenauer mit seinem Versuch, die Müller-Armacksche Konzeption Sozialer Marktwirtschaft zur Grundlage der Wirtschafts- und Sozialpolitik der frühen Bundesrepublik zu machen, im Kern gescheitert ist, auch wenn dies am weiteren Siegeszug dieser Programmformel wenig ändern sollte (3.). Gegenläufig zu den Wertvorstellungen und Ordnungsmustern der Sozialen Marktwirtschaft à la Erhard und Müller-Armack will ich dann am Beispiel des Frankfurter Jesuiten Oswald von Nell-Breuning die vor allem in den 1950er Jahren noch massiv wahrnehmbaren Divergenzen zwischen katholischer Soziallehre und protestantischem Ordoliberalismus thematisieren (4.), um vor diesem Hintergrund die Frage aufzuwerfen, ob die Formel der Sozialen Marktwirtschaft den Komplexitätslagen spätmoderner Gesellschaften überhaupt zu ent-

sprechen vermag oder ob sich die politisch-moralischen Selbstverständigungsdebatten heutiger Gesellschaften nicht längst auf einem »postliberalen« Problemniveau bewegen müssten (5). Im Hinblick auf die »religiöse Tiefengrammatik«¹ des – in seinen institutionellen Wurzeln auf den postliberalen Korporatismus des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik zurückgehenden – bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells dürfte jedenfalls einiges dafür sprechen, hier weniger von einem »interkonfessionellen Kompromiss zwischen protestantischem Ordoliberalismus und katholischer Soziallehre« (Manow 2008) als von einem »katholischen Sieg im protestantischen Gewande der Semantik der Sozialen Marktwirtschaft« zu reden, denn schließlich trägt der real bestehende und über Jahrzehnte höchst erfolgreiche *German type of social capitalism* weit stärker katholisch-korporatistische als protestantisch-individualistische Züge.

⇒ 1 »Wir alle sind Soziale Marktwirtschaft«. Ein zivilreligiöses Bekenntnis und seine notorische Missverständnisträchtigkeit

»Wir sind Soziale Marktwirtschaft; oder wollen es zumindest sein« – dieses Bekenntnis dürfte heute von der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, dem immer stärkeren Empfinden eines Mangels an »sozialer Gerechtigkeit« zum Trotz, mehr oder weniger emphatisch geteilt werden. Zwar ist damit noch nichts zu der Frage gesagt, ob wir gegenwärtig »genug« oder nicht eher »zu wenig« Soziale Marktwirtschaft haben; das nachdrückliche Bekenntnis zu ihr ist in den letzten Jahren aber mehr denn je zur zentralen identitätsstiftenden Kollektivüberzeugung unserer Gesellschaft avanciert – und es verbindet sich ganz selbstverständlich mit der Überzeugung, dass die »richtige« Soziale Marktwirtschaft auch soziale Gerechtigkeit und allgemeinen Wohlstand schafft. Der überwältigende Erfolg dieser Formel, die als originäre Wortschöpfung Alfred Müller-Armacks aus dem Jahr 1946 gilt, ist ohne

(1) Die etwas enigmatisch anmutende und m.W. nirgends näher definierte Formel der »religiösen Tiefengrammatik« findet in der Wohlfahrtsstaatsforschung der letzten Jahre erhöhte Anwendung (erstmal wohl Manow 2001). Möglicherweise geht sie zurück auf Noam Chomsky und seine 1957 veröffentlichte Studie *Syntactic Structures*, die zwischen einer Grammatik der *deep structure* und der *surface structure* unterscheidet und auf der Ebene der »Tiefengrammatik« – gegen behavioristische Ansätze – so etwas wie eine universale Infrastruktur des Sprachgebrauchs vermutet. Ob sie für die Fragen nach den religiösen Kontexten und Hintergründen unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatsentwicklungen hilfreich ist und wie sie sich gegebenenfalls von einer »Tiefensemantik« (vgl. dazu Wengeler 2005) unterscheidet, müsste aber noch näher geklärt werden. Dass ich mich hier der Rede von der »Tiefengrammatik« anschließe, ist meiner Mitarbeit an einem entsprechend benannten Forschungsprojekt im Rahmen des aktuell laufenden Münsteraner Exzellenzclusters »Religion und Politik« geschuldet.

Frage darauf zurückzuführen, dass sie schon semantisch eine Kombination aus wettbewerblich induzierter wirtschaftlicher Dynamik und sozialstaatlich gewährleisteter monetärer Umverteilung in Aussicht stellt. Sie scheint von daher geradezu paradigmatisch jene »irenische« Zauberformel zu sein, die Markt und Moral miteinander versöhnt und die ökonomische Leistungskraft einer freien Marktwirtschaft mit der sozialen Leistungskraft eines starken Sozialstaates verbindet, auch wenn ein solcher Kompromiss von ihren Gründern keineswegs intendiert war.

Die Rede von der Sozialen Marktwirtschaft hat in der politischen Rhetorik der Bundesrepublik jedoch durchaus ihre Haussen und Baissen erlebt. Von einer seit den späten 1940er Jahren kontinuierlich durchlaufenden Erfolgsgeschichte kann keine Rede sein.² So war noch im Jahr 1956 einer Allensbach-Umfrage zufolge »gut der Hälfte der Befragten die ›soziale Marktwirtschaft‹ unbekannt und 12% assoziierten das Wort mit dem SPD-Programm« (Mooser 2005, 136), obwohl die mit einem Etat von zwei Millionen DM ausgestattete Unternehmer-Initiative »Die Waage. Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs« schon 1952 in zahlreichen Plakaten, Zeitungsanzeigen und Kurzfilmen in den Kino-Wochenschauen für »Erhards Soziale Marktwirtschaft« zu trommeln begonnen hatte (vgl. Schindelbeck; Ilgen 1999). Zwar war die CDU mit Ludwig Erhard als ihrem Wirtschaftsminister schon früh – zwischen dem Ahlener Programm von 1947 und den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 – vom »Christlichen Sozialismus« zur »Sozialen Marktwirtschaft« umgeschwenkt; die SPD dagegen sollte den Begriff noch bis in die 1990er Jahre hinein eher vorsichtig verwenden und alternativen Programmsemantiken – wie etwa »demokratischer Sozialismus«, »soziale Demokratie« oder »Modell Deutschland« – den Vorrang einräumen, bevor auch sie sich endgültig der Hegemonie dieses Leitbegriffs beugte und in ihren Bundestagswahlkämpfen eine »Erneuerung« bzw. einen »Neustart« der Sozialen Marktwirtschaft in Aussicht zu stellen begann. Von daher sind die Auf- und Abbrüche, die internen Differenzierungen und Verschiebungen im Gebrauch und Verständnis dessen, was man in der Politik- und Ideologiegeschichte der Bundesrepublik – etwa in der Ära Ludwig Erhards und Konrad Adenauers oder in der Zeit der sozialliberalen Koalition unter Willy

(2) Von daher ist es historisch irreführend, wenn etwa das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen aus dem Jahr 1997 in seinem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft notiert: »Das Grundgesetz hat die Frage nach der Wirtschaftsordnung zwar offen gelassen. Jedoch wurde ein Grundkonsens darüber erzielt, dass nur eine ›bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft‹ (A. Müller-Armack), deren Konzept wesentlich von der Sozialethik der Kirchen beeinflusst wurde, in Betracht kommen kann« (Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Nr. 143). Auch Müller-Armack selbst reklamiert diese Formel noch Mitte der 1950er Jahre nicht als »erzielten Grundkonsens« der Bundesrepublik, sondern nur als »Grundlage des wirtschaftspolitischen Programms der Koalitionsparteien im ersten und zweiten Bundestage« (Müller-Armack 1956, 390; 1966, 243).

Brandt, Karl Schiller und Helmut Schmidt – jeweils unter Sozialer Marktwirtschaft verstehen konnte und wollte, noch genauer zu untersuchen.³ Unstrittig dürfte aber sein, dass die Rede von der Sozialen Marktwirtschaft mit dem in den frühen 1990er Jahren einsetzenden und bis heute anhaltenden Ludwig Erhard-Revival endgültig eine hegemoniale Vormachtstellung im politischen Diskurs der Gegenwart erringen konnte.

Seinen vorläufigen Höhepunkt hat der Kult der Sozialen Marktwirtschaft im Kontext der zahlreichen Festveranstaltungen des Jahres 2008 gefunden, die die Erfolgsgeschichte von »60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft« feierten und dabei immer wieder Ludwig Erhard als den »Vater des Wirtschaftswunders und der Sozialen Marktwirtschaft« in Szene setzten. Spätestens seit dieser Zeit stellt nicht nur die Bundeskanzlerin ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik nachdrücklich in die Tradition der Erhardschen Sozialen Marktwirtschaft, wobei sie das damalige Versprechen vom »Wohlstand für alle« auf dem Weg zur »Bildungsrepublik Deutschland« nun zur Forderung nach »Bildung für alle« modifiziert, da es im Sinne Erhards wichtiger sei, »Einstieg und Aufstieg zu ermöglichen« als durch »unsinnige Sozialgesetze« die »Leistung zu entmutigen« und den »Wettbewerb zu untergraben« (Merkel 2008). Spätestens seit dieser Zeit ertönt in großer – und von der im Herbst 2008 ausgebrochenen Wirtschafts- und Finanzkrise in ihrem zivilreligiösen Glutkern nur wenig irritierter – Einmütigkeit, auch quer durch alle großen Interessengruppen und Parteien, durch Kirchen und Gewerkschaften, der gemeinsame Ruf nach Sozialer Marktwirtschaft; entweder im selbstbewussten Gestus ihrer Verteidigung, im Modus der Klage über ihren Abbau oder – vor allem und immer wieder – im Plädoyer für ihre Erneuerung, wobei nennenswerte Distanzierungen zu Erhard und seinem Programm Sozialer Marktwirtschaft nur selten auszumachen sind, jedenfalls kaum Eingang in die Diskurse der politischen Öffentlichkeit finden.⁴

(3) Einen wertvollen Anfang macht hier die diskursanalytische Dissertation von Martin Nonhoff zum »hegemonialen Projekt« der Sozialen Marktwirtschaft in den 1950er Jahren, in der das Erhard-Revival der 1990er Jahre jedoch keine Berücksichtigung findet (Nonhoff 2006); vgl. auch Wengeler 1995.

(4) So plädiert etwa der Münchener Erzbischof Reinhard Marx angesichts der aktuellen Finanzmarktkrise, die ihm vor allem als eine moralische »Orientierungskrise« gilt, für eine »Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft«, die heute wieder Anschluss an ihre ursprünglichen geistigen Grundlagen finden und in diesem Sinne »immer wieder kritisch überprüft und im Sinne der Grundprinzipien weiterentwickelt werden« (Marx 2009, 10) müsse. Dagegen konstatiert Michael Sommer, der Vorsitzende des DGB, anlässlich der »60 Jahre-Feierlichkeiten« in einem Gastbeitrag für die Zeitung »Die Welt«, dass heute »die großen Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr eingelöst werden«, weshalb »Erhards Soziale Marktwirtschaft«, obwohl sie zur Zeit von neoliberaler Seite so massiv propagiert werde, »am Ende« sei. Aber auch hier wird das zivilreligiöse Nationalbekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft insofern nicht aufgekündigt, sondern prolongiert, wie auch dieser Text als Alternative zu Erhards nur angeblich sozialer Marktwirtschaft »eine wirklich soziale Marktwirtschaft« einfordert (Sommer 2008, 2).

Die Wahrnehmung »Wir sind alle Soziale Marktwirtschaft und wollen es sein« hat sich damit noch einmal – und wahrscheinlich stärker denn je – in das politisch-moralische Kollektivbewusstsein der Bundesrepublik eingebrannt; und zwar so sehr, dass darüber die Frage, ob Erhards Soziale Marktwirtschaft mit den Realitäten der in den 1950er Jahren entstandenen bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialordnung überhaupt kompatibel ist und ob auch alle – wenigstens in etwa – dasselbe meinen, wenn sie sich zu ihr bekennen, offensichtlich kaum noch thematisiert werden kann.

Dabei hat erst kürzlich kein Geringerer als Ralf Dahrendorf, der Altmeister des politischen Liberalismus, in einem seiner letzten Interviews erklärt: »Natürlich wollte Erhard keine soziale Marktwirtschaft; das Soziale kam aus der katholischen Soziallehre via Adenauer, der einen guten Sinn für die Bilanz des Unvereinbaren hatte« (Dahrendorf 2008, 8).⁵ In diesem Sinne hatte Dahrendorf schon im Oktober 2004 – anlässlich der »Dritten Ludwig Erhard-Lecture« der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« – darauf hingewiesen, dass das in der Adenauer-Ära entstandene bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem »nicht aus einem Guss« sei, sondern eine problematische »Legierung«, eine »theoretisch unmögliche und doch praktisch überaus erfolgreiche Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik« darstelle, die heute jedoch endgültig »ausgedient« habe. Die entsprechende Passage verdient – nicht wegen ihrer politischen Botschaft, sondern wegen ihrer historischen Triftigkeit – an dieser Stelle eine ausführliche Zitation:

Es gibt also sicherlich ein kohärentes Konzept der sozialen Marktwirtschaft à la Müller-Armack. Aber wer in Deutschland von sozialer Marktwirtschaft spricht, meint etwas anderes. Er meint Ludwig Erhard plus katholische Soziallehre, jenes Programm der Unvereinbarkeiten, das die frühe CDU und CSU prägte und sie in gewissem Masse bis heute prägt, wobei die SPD es nach Bad Godesberg 1960 und mehr noch nach Karl Schiller übernommen hat. Theoretisch Unvereinbares muss praktisch nicht abwegig sein. Wir leben ja immerfort mit Widersprüchen und ziehen sogar Gewinn daraus. Es ist eines von Konrad Adenauers historischen Verdiensten, dass er den Widerspruch von Marktwirtschaft und Sozial-

(5) In diesem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung macht Dahrendorf aus seinen Sympathien für Ludwig Erhard keinen Hehl. Er kennzeichnet ihn vor allem als marktliberalen Schocktherapeuten, der 1948 – vergleichbar der Politik Leszek Balcerowicz' im Polen der Jahre nach 1989 – »eine tiefgreifende Mentalitätsveränderung ... hin zu dynamischer Eigentätigkeit« (Dahrendorf 2008, 7) ausgelöst habe.

politik ertragen, ja zum Programm erhoben hat. Ludwig Erhard und seine Freunde fanden das Ahlener Programm und die Sozialausschüsse der CDU fast unerträglich; für Sprecher der Sozialausschüsse wie den Abgeordneten Johannes Albers andererseits gehörte die ›Brigade Erhard‹ eigentlich gar nicht zur Partei. Adenauer nahm das alles durchaus ernst, aber nur als Ganzes, als nützliche Antinomie, deren Teile dabei relativiert werden. Das war der Kern der sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung.

Historisch ist also die soziale Marktwirtschaft nicht aus einem Guss; sie ist eine Legierung. Eben darin lag ihr Erfolg; darin liegt aber auch ihre Schwäche. ... Insofern kann man auch argumentieren, dass eine neue soziale Marktwirtschaft erforderlich ist. (Dahrendorf 2004, 5f.)

Die alte, theoretisch unmögliche und doch praktisch überaus erfolgreiche Verbindung von Marktwirtschaft und Sozialpolitik, also die alte Soziale Marktwirtschaft, hat ausgedient. (ebd., 12)

Angesichts dieser unsaubereren Gemengelage von »alter« (historisch jedoch jüngerer) Adenauerscher und »neuer« (historisch allerdings älterer) Müller-Armackscher Sozialer Marktwirtschaft stellt sich für die politisch-moralischen Selbstverständigungsdebatten der Republik heute verschärft die Frage, was man jeweils meint, wenn man sich zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt – und wem sie eigentlich gehört, wer also zu Recht den Anspruch auf inhaltliche Füllung dieses Markennamens erheben darf. Sind es Müller-Armack, Erhard und die Ordoliberalen, wie uns seit den 1990er Jahren und im Zuge der »60-Jahr-Feierlichkeiten« wieder verstärkt – und m.E. völlig zu Recht – gesagt wird, also die Inhaber des ursprünglichen Copyrights und die Anhänger einer im Sinne Erhards vorzunehmenden Neuformatierung der Sozialen Marktwirtschaft? Oder gehört diese Chiffre doch eher Adenauer und der katholischen Soziallehre, auch wenn man dies von liberaler Seite nur mit einem gewissen Bedauern konstatieren kann? Gehört sie also denjenigen, die meinen, im Kern sei eine funktionierende Wettbewerbswirtschaft schon aus sich heraus in hohem Maße sozial, weil sie Aufstiegschancen gewähre und eine große Menge an preiswerten Konsumgütern zur Verfügung stelle, was Wohlstand – wenn nicht für alle, so doch für viele – ermögliche, auch wenn sich »das Soziale« dann vor allem in Form von Konsummöglichkeiten artikuliert, so dass die personalen Selbstentfaltungs- und die demokratischen Teilhabeambitionen der Individuen hier durchaus unter die Räder geraten können? Oder gehört die Formel der Sozialen Marktwirtschaft denen, die sie schlicht mit der Realität des seit den 1950er Jahren existierenden bundesdeutschen Wirt-

schafts- und Sozialmodells gleichsetzen? Dann wäre sie der Name für den in seinen Kernstrukturen schon im Wilhelminischen Kaiserreich entstandenen und in der Weimarer Republik – unter maßgeblicher Beteiligung katholischer Sozialpolitiker – endgültig etablierten postliberalen Mix eines verbändestaatlich organisierten Korporatismus in den Macht- und Entscheidungsstrukturen der Wirtschaft, in dem sich private und öffentliche Unternehmungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Tarifautonomie und Mitbestimmung, selbstverwaltete obligatorische Sozialversicherungen und eine dauerhafte sozialstaatlich-institutionelle Einbindung der großen weltanschaulichen Wohlfahrtsverbände zu einer theoretisch in der Tat »unsauberen Legierung« amalgamiert haben. Dann wäre Soziale Marktwirtschaft der Name für jenes spezifisch deutsche Institutionen-Arrangement, für das sich in der historisch-sozialwissenschaftlichen Fachliteratur so unterschiedliche – und so wenig charmant klingende – Bezeichnungen wie »organisierter Kapitalismus« (Rudolf Hilferding), »korporative Marktwirtschaft« (Werner Abelshausen) oder »coordinated market economy« (Peter A. Hall/David Soskice) finden und dessen ausdifferenzierte institutionelle Struktur sich mit den Mitteln liberaler Wirtschafts- und Sozialphilosophie allein nicht mehr angemessen beschreiben und erfassen lässt.

In der politischen Rhetorik der Bundesrepublik hat sich jedenfalls seit der Adenauer-Ära die Praxis einer veritablen – und erst durch das Erhard-Revival der letzten Jahre mit der nötigen Intensität öffentlich skandalisierten – Fremdanerkennung dieser Formel eingeschlichen: der einzig den Müller-Armacks und Erhards gehörende Topos der Sozialen Marktwirtschaft ist ihnen jahrzehntelang semantisch entwendet worden, um damit den – von ihnen gerade nicht gewollten – postliberalen Institutionenmix der deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung zu bezeichnen, der sich seit seiner Formierungsphase in den 1880er Jahren als erstaunlich stabil und krisenresistent erwiesen hatte und in der Bundesrepublik weitgehend unverändert fortbestehen sollte, und der mit dem ordoliberalen Programmbegriff der Sozialen Marktwirtschaft nur denkbar ungenau und irreführend beschrieben ist.

Wenn der Begriff aber den Erhards und Müller-Armacks und ihren Erben gehört und zur Bezeichnung des real existierenden Wirtschafts- und Sozialmodells nur wenig taugt, stehen wir vor einem erheblichen Dilemma der Nomenklatur: Entweder müssen wir uns dann bewusst dazu entschließen, das seit langem schwelende semantische Enteignungsdelikt an den Gründervätern der Sozialen Marktwirtschaft konsequent zu vollenden und diese Formel nur noch zur – in der Sache freilich nach wie vor unpassenden – Bezeichnung der postliberalen Realitäten des »social capitalism« der Bundesrepublik zu gebrauchen; dann müsste man sich allerdings programmatisch

und inhaltlich mit Nachdruck von Erhard und Müller-Armack distanzieren, was zur Zeit aber gerade nicht geschieht. Oder man müsste ehrlicherweise das ordoliberalen Copyright auf die Rede von der Sozialen Marktwirtschaft anerkennen und sich auf die mühsame Suche nach einem neuartigen Leitbegriff zur Bezeichnung des Normativitätsprofils und des Institutionengefüges des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells begeben. Ein solcher Versuch scheint jedoch – wohl seit Helmut Schmidts aus den 1970er Jahren datierenden und insgesamt wenig erfolgreichen Versuch der Rede vom »Modell Deutschland« in den letzten Jahren nicht mehr ernsthaft unternommen worden zu sein. Und dies spricht dafür, dass die von der zivilreligiösen Kraft des gemeinsamen Bekenntnisses zur Sozialen Marktwirtschaft ausgelösten Faszinations-, Ehrfurchts- und Gehorsamsbereitschaften seit den 1990er Jahren offensichtlich so stark geworden sind, dass sie jeden Versuch zur nachhaltigen Etablierung einer alternativen Programmbezeichnung schon im Keim zu ersticken scheinen.

⇒ 2 »Erhaltung, ja Steigerung der Marktwirtschaft«. Was Müller-Armack unter Sozialer Marktwirtschaft verstanden wissen wollte

⇒ 2.1 Auf der Suche nach der »übergreifenden Sozialidee eines neuen Liberalismus«

Ob der Topos der Sozialen Marktwirtschaft wirklich als originäre Wortschöpfung Müller-Armacks gelten darf, ist historisch zweifelhaft (vgl. u.a. Dietzfelbinger 1998, 199-201; Ptak 2004, 206-212); unbestritten ist aber, dass er sich in publizierter Form erstmals in dessen noch Ende 1946 ausgelieferten 144seitigen Schrift »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« findet. In diesem Text des damals 45jährigen Münsteraner Professors für Nationalökonomie und Kultursociologie⁶ wird die »Soziale Marktwirtschaft« programmatisch als »eine neue dritte Form« vorgestellt, die gleichermaßen »die rein liberale Marktwirtschaft und die Wirtschaftslenkung« (1948a, 87; 1966, 109)

(6) Zu Leben und Werk Müller-Armacks vgl. Kowitz 1998 und Dietzfelbinger 1998. Müller-Armack wuchs – den äußerst knappen Hinweisen zufolge, die bei Kowitz (1995, 15) zu finden sind – in Essen, als Sohn eines Abteilungsleiters der Kruppschen Konsumvereine, im kleinbürgerlichen Milieu eines »gläubigen Luthertums« auf. Nicht weniger knapp sind die Hinweise bei Dietzfelbinger (1998, 34), der angibt, Müller-Armacks Vater sei »Leiter eines Gaswerkes bei Krupp« gewesen. Müller-Armacks (vor allem in den 1940er Jahren veröffentlichte) Studien zur Wirtschaftsgeschichte und Religionssoziologie (vgl. die Zusammenstellung in Müller-Armack 1981a), die für ihn ungleich wichtiger waren als seine Schriften zur »sozialen Marktwirtschaft«, finden heute zu Unrecht nur noch wenig Aufmerksamkeit. Müller-Armacks Auffassungen von den »geistesgeschichtlichen« Aufgaben und Herausforderungen der Nachkriegszeit lassen sich ohne diese Studien jedoch kaum angemessen verstehen.

überwinden will. Die Formel wolle, so Müller-Armack, zum Ausdruck bringen,

daß uns die Marktwirtschaft notwendig als das tragende Gerüst der künftigen Wirtschaftsordnung erscheint, nur daß dies eben keine sich selbst überlassene, liberale Marktwirtschaft, sondern eine bewußt gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft sein soll (1948a, 88; 1966, 109).

Allerdings verwendet der Text, der mit Nachdruck für die Einführung einer strikt marktwirtschaftlichen Ordnung plädiert, lenkungswirtschaftlichen Elementen eine schroffe Absage erteilt und auch keinerlei Mischformen zwischen diesen beiden Steuerungsmedien zulässt, die Formel der Sozialen Marktwirtschaft nur überraschend selten. Zumeist ist nur adjektivlos von »Marktwirtschaft« bzw. »bewusst gesteuerter Marktwirtschaft« die Rede; und der bis heute immer wieder zitierte »und zwar sozial«-Einschub findet sich im ganzen Text nur an einer einzigen Stelle.⁷

Müller-Armacks Rede von der Sozialen Marktwirtschaft als einer »neuen dritten Form« zielt denn auch nicht – wie oft vermutet wird – auf einen wie auch immer gearteten Kompromiss zwischen freier Marktwirtschaft und intervenierendem Sozialstaat. Eine solche Vorstellung wird vielmehr explizit zurückgewiesen. Müller-Armack bietet den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft zwar im Sinne seiner Ende 1949 verfassten *Sozialen Irenik* (Müller-Armack 1949; 1981a, 559-578) als eine Formel an, die die Gräben zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Lagern in der »Hoffnung auf eine mögliche Einheit« (1949, 6; 1981a, 563, i. O. herv.) überwinden will; diese solle jedoch keinen Mittelweg zwischen diesen Traditionen in den Blick nehmen, der nur zu einer »unklaren Vermischung« (1949, 7; 1981a, 564) führen könne. Es müsse vielmehr im Sinne einer »übergreifenden Sozialidee« um das Konzept eines »neuen Liberalismus« (1949, 21; 1981a, 575) gehen. Denn angesichts der Tatsache, dass der Liberalismus heute nur noch »die Position eines Kreises von einflußreichen Kulturphilosophen, Nationalökonomern,

(7) Im Vorwort seiner Aufsatzsammlung *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik* aus dem Jahr 1966 sollte Müller-Armack dann von der Sozialen Marktwirtschaft als einer »bewußt sozial gestalteten Marktwirtschaft« sprechen. Damit sei »nicht nur ein erfolgreiches Schlagwort«, sondern »eine ausgearbeitete und durchdachte Theorie der gesellschaftlichen Gesamtordnung« gemeint, die vor allem als eine »Stilform des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens« zu verstehen sei. Müller-Armack merkt in diesem Zusammenhang an: »Ich hätte mir gewünscht, daß die geistige Durcharbeitung dieses Gedankens auch in einem weiteren Kreise gründlicher erfolgt wäre.« Ausdrücklich lobt er aber »die wertvollen Beiträge, die in den Diskussionen der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Heidelberg gegeben wurden. Ihr verstorbener Leiter, Alexander Rüstow, traf sich mit mir in manchen Gedankenansätzen. Insbesondere hat sich jedoch Wilhelm Röpke um eine gesellschaftspolitische Vertiefung der Ideen der Marktwirtschaft bemüht.« (1966, 11).

Soziologen, Historikern, Publizisten und Politikern, einer Gruppe von ein paar hundert Leuten« (1949, 18; 1981a, 573) sei, komme es für den Erfolg einer liberalen Sozialtheorie entscheidend auf eine neue moralisch-kulturelle Grundlegung an, in die auch zentrale Anliegen der sozialistischen Theorie, der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre Eingang finden sollten.

Im Blick auf den Protestantismus sieht Müller-Armack wertvolle Bestandteile einer solchen »übergreifenden Sozialidee« – bei klarer Absage an die Theologie Karl Barths, die »dem Anschluss nach links wenig Hemmungen entgegensetzt« und mit der kaum Aussichten »zu einem irenischen Zusammenwirken« (1949, 13; 1981a, 569) bestehen – vor allem in jener »Fülle sozialer Reform, die vom Sektenwesen des Reformiertentums und vom pietistischen Luthertum des 17. und 18. Jahrhunderts und des beginnenden 19. Jahrhunderts ausging« und heute »fast vergessen« (1949, 15; 1981a, 570) sei.⁸ Auch den Traditionen des Sozialismus gesteht er zu, dass ihre »sozialen Impulse« und ihre »Einsichten in die Gefahren der modernen Arbeitswelt« durchaus »den Bestrebungen einer modernen sozialen Irenik einzufügen« (1949, 18; 1981a, 573) seien, sofern sie mit ihrer Vorliebe brechen, »an die Selbsterlösung der Menschheit durch irgendwelche sozialen Verbesserungen zu glauben«, was »dem Christen von Grund aus verwehrt« (1949, 16; 1981a, 571f.) sei. Außerdem müssten sie sich stärker als bisher von ihrer »antimarktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik« trennen und ihre »Unempfindlichkeit gegen heimatliche, konkret gebundene Seelenkultur« (1949, 17; 1981a, 572) überwinden. Und nicht zuletzt hofft Müller-Armack auch darauf, dass die katholische Soziallehre ihren in der Hochscholastik ausgeprägten Ordo-Gedanken, demzufolge es »einen stufenweisen Bau der Anteilnahme unserer konkreten, vordergründig

(8) Für Müller-Armack gingen die wertvollsten Anstöße, um »das soziale Gewissen zu wecken«, seit dem späten 17. Jahrhundert »von den Sekten und dem deutschen Pietismus aus«, denn hier sei in besonderer Weise »das sozial-praktische Helfenwollen zum Prüfstein der Herzen geworden«. Anders als das obrigkeitsorientierte Luthertum und der Calvinismus, der in seinen kleinen aufgesplitterten Gemeinden ursprünglich zwar eine glaubenseifrige Armenpflege betrieben habe, sich dann jedoch »verhärtete ... gegenüber den sozialen Übeln, die ihm mehr als Gottes gerechte Strafe erschienen und als Erweis, daß der durch Armut Geschlagene eben doch nicht zu den Berufenen und im Erfolg Gerechtfertigten gehörte«, habe sich »der Glaube des frommen Sektierers« nämlich erprobt »an seiner Bereitschaft, dem in Not geratenen Bruder zu helfen. Die oft prekäre äußere Lage mochte den Sinn für gemeinschaftliche Hilfe noch bestärken und die Kritik an dem offiziellen Glauben bereit machen, auch die staatlichen Zustände allgemein herber zu kritisieren. Es entstand so jene überraschende Produktivität des Sektentums und der allgemein philanthropischen Vereine in der sozialen Reform. Von der religiösen Reform greifen sie über zu Fragen der allgemeinen Lebensreform« (Müller-Armack 1948/1981a, 449). Und diese, vom dissentierenden protestantischen Sektentum inspirierte, soziale »Produktivität« zeigt ihre Spuren für Müller-Armack bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, etwa im so genannten Elberfelder System, das sich ebenfalls »im Rahmen einer freien gemeindlichen oder genossenschaftlichen Hilfe« (Müller-Armack 1944/1981a, 237) bewegt habe (vgl. ausführlich zu Müller-Armacks diesbezüglichen Sympathien ebd., 230-242).

alltäglichen Kultur an den ewigen Formideen Gottes« gebe, in die gesuchte »irenische Einheit der modernen Sozialtheorie« (1949, 8; 1981a, 564) einbringen werde. Gerade aus diesem Gedanken nämlich habe eine aus abendländischem Geiste gegründete christliche Gesamtkultur ... ihr Leitbild zu holen«, denn

keine der anderen Gruppen ist aus eigenem fähig, der künftigen Sozialgestaltung jenes umfassende christliche Fundament zu geben, wie es [gemeint ist: das] die katholische Sozialtheorie seit langem ausgebildet hat (1949, 8; 1981a, 565).

Allerdings müsse sich die katholische Seite dafür stärker als bisher auf »die Prinzipien eines freien Wettbewerbs als gesellschaftsnützliche Ordnung« verpflichten lassen, statt sich weiterhin »einer schnellen Vorentscheidung zugunsten der Prinzipien der Bindung« anheim zu geben, wobei insbesondere vor »Sozialkonstruktionen« zu »den Fragen der Gewinnbeteiligung der Arbeiter« zu warnen sei (1949, 12; 1981a, 568). Insofern gelte grundsätzlich:

Das sittliche Wollen des Sozialismus, der Ordogedanke des Katholizismus, die Beseelung der Berufsidee und die brüderliche Hilfsbereitschaft der Protestantismen können im Verein mit der Einsicht in neue Organisationsprinzipien im neuen Liberalismus viel bewirken. (1949, 21; 1981a, 575)

Müller-Armack erwartete deshalb von den Kirchen einen besonderen moralischen »support« für den »neuen Liberalismus«, denn

gerade, wenn wir um die Tiefe der sozialen menschlichen Not vom Christlichen her wissen, sind wir gefeit dagegen, in irgendwelchen staatlichen Maßnahmen, seien sie nun Verteilungsmaßnahmen, Sozialisierung oder Vollbeschäftigungspolitik, letzte Ziele zu sehen (1949, 23; 1981a, 577).

Vielmehr könnten gerade die moralischen Traditionen des Christentums dabei helfen, »eine abstrakte und unpersönliche Form des Sozialschutzes zu überwinden, an der wir lange krankten« (1949, 24; 1981a, 578).⁹

(9) Für Müller-Armack, der sein Leben lang Protestant blieb, auch wenn seine Frau in späten Jahren unter dem Einfluss des Dogmatikers Michael Schmaus zum Katholizismus konvertierte (vgl. Dietzfelbinger 2000, 94), war die Nähe der »moralischen Traditionen des Christentums« zum »neuen Liberalismus« offensichtlich so selbstverständlich, dass er auf die verschiedenen Angriffe seitens katholischer Soziallehrer wie Edgar Nawroth und Oswald von Nell-Breuning, die vor allem in den 1950er Jahren deutliche Vorbehalte gegen den Ordoliberalismus artikulierten, nur mit mehr oder weniger deutlichem Unverständnis reagieren konnte. So erklärte er auf einer Tagung zum Thema »Der Christ und die soziale Marktwirtschaft« (1954) in für ihn nicht untypischer Weise: »Kann man denn den Neoliberalen in sich vom katholischen oder protestantischen Christen in sich überhaupt trennen?« (Müller-Armack 1955, 75).

Im Sinne dieses »neuen Liberalismus« präsentiert Müller-Armack sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als Entwurf einer Wirtschaftsordnung, »die sich nicht als vage Mischung, als ein Parteikompromiß, sondern als eine aus den vollen Einsichtsmöglichkeiten unserer Gegenwart gewonnene Synthese darstellt« (1948a, 88; 1966, 109). Dabei beruft er sich explizit auf Ludwig von Mises, der Ende der 1920er Jahre allen Formen einer Kombination von markt- und lenkungswirtschaftlichen Komponenten eine scharfe theoretische Absage erteilt hatte.¹⁰ Wenn man nämlich beginne, mit Lenkungselementen zu arbeiten, dann ließe sich prinzipiell kein »in irgendeiner Grundform stabilisierbares Ordnungsgefüge« (1948a, 77; 1966, 97) erreichen, da dann »jede Periode zu immer verstärkten Maßnahmen zwingt, bis der Übergang zu einer vollständigen Zentralverwaltungswirtschaft vollzogen ist« (1948a, 77; 1966, 97). Abhilfe gegen einen solchen »geist- und freiheitsfremden Kollektivismus« (1948a, 87; 1966, 108), den Müller-Armack nicht erst in der Zeit des Nationalsozialismus, sondern schon seit Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Vormarsch sah, könne einzig ein konsequenter »Verzicht auf die der Marktwirtschaft widersprechenden Formen der Lenkung« (1948a, 89; 1966, 111) bieten. Und angesichts dieser als *tertium non datur*-Alternative wahrgenommenen Grundentscheidung zwischen Markt und Lenkung sei für die Zukunft Deutschlands nur eine wirtschaftspolitische Steuerungsform möglich, »die als Gesamtsystem und in jeder Einzelmaßnahme auf die Erhaltung, ja Steigerung der Marktwirtschaft gerichtet ist« (1948a, 89f.; 1966, 111).

⇒ 2.2 »Ein Wettbewerb, der von allen als unangenehm empfunden wird«

Von daher verwundert es nicht, dass sich Müller-Armack schon im Vorwort seiner Programmschrift zur Sozialen Marktwirtschaft auf Wilhelm Röpke und Friedrich August von Hayek beruft und ganz im Einklang mit der Ende der 1930er Jahre entstehenden Bewegung des Neoliberalismus erneut das hohe Lied von den Selbstheilungskräften des freien Marktes anstimmt. Anders als oft behauptet, entbehre die

(10) Ludwig von Mises erklärt in seiner Schrift »Kritik des Interventionismus«, die den im späten 19. Jahrhundert in den modernen europäischen Industriegesellschaften allenthalben einsetzenden Bemühungen um wirtschafts- und sozialpolitische Staatsinterventionen eine frontale Absage erteilt, u.a.: »Nur vom Kapitalismus kann man weitere Hebung der Produktivität der menschlichen Arbeit erwarten. Daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Menschen heute einer Ideologie anhängt, die dies nicht erkennen will, und daher eine Politik treibt, die zur Herabsetzung der Produktivität der Arbeit und zur Aufzehrung des angesammelten Kapitals führt, das ist das Wesen der großen Kulturkrise.« (Mises 1929, 85).

freie Marktwirtschaft nämlich keineswegs »einer sehr präzisen und rationalen Ordnung«. Denn durch »die strenge Hinordnung aller Wirtschaftsvorgänge auf den Konsum, der über seine in Preisen ausgedrückten Wertschätzungen der Produktionsbewegung die bestimmenden Signale erteilt«, sei sie »alles andere als ein chaotisches Durcheinander von Marktbeziehungen« (1948a, 71; 1966, 90f.). Vielmehr diene »das Konkurrenzprinzip der Marktwirtschaft«, wie er mit Bezug auf Adam Smith erklärt,

gerade dadurch dem Gesamtnutzen, daß es die Einzelinteressen auf die Erfüllung volkswirtschaftlich nützlicher Leistungen ausrichtet und jeglichen Versuch, dauernde wirtschaftliche Machtpositionen zu erringen, durch verstärkte Konkurrenz bedroht (1948a, 73; 1966, 93).

Deshalb habe auch die liberale Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts »eine gerechtere Würdigung« verdient, denn weder halte der gegen sie erhobene »Vorwurf einer sozialen Verelendung breiter Schichten« (1948a, 80; 1966, 101) stand noch sei hier »das Recht des Konsumenten derart in Frage gestellt« worden, »wie dies im Lenkungssystem geschieht« (1948a, 82; 1966, 102).

Auch wenn man in die anonymen Funktionsmechanismen einer wirklich freien Marktwirtschaft nicht – wie einst die Physiokraten – eine »überirdische Harmonie hineinzugeheimnissen« brauche, so bleibe doch »das nüchterne Faktum« anzuerkennen, dass die Marktwirtschaft »stabilisierende Kräfte in sich trägt, die es ihr immer wieder überraschend schnell ermöglicht haben, ihr Prinzip des Marktausgleichs zu verwirklichen« (1948a, 77; 1966, 97f.).

Dies verdeutlicht Müller-Armack interessanterweise am Beispiel der akuten Wohnungsnot, zu deren Behebung nun einmal ein sozial unerwünscht hohes Mietniveau unabdingbar sei. Denn nur ein freier Wohnungsmarkt, auf dem der durchschnittliche Mietzins nicht durch staatliche Interventionen künstlich niedrig gehalten und dadurch in seiner Signalfunktion verzerrt werde, sei in der Lage, »die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer erhöhten Bautätigkeit« zu schaffen. Allerdings räumt er in diesem Zusammenhang ein:

Man mag der Marktwirtschaft allzu große Strenge in der Art, solch wirtschaftliche Verschiebungen aufzudecken und zu bereinigen, vorwerfen; der Vorwurf einer regellosen Undurchsichtigkeit trifft sie jedoch nicht (1948a, 72; 1966, 92).

Zwar könne es immer wieder vorkommen, dass »die marktwirtschaftliche Ordnung, wenigstens vorübergehend, durch Arbeitslosigkeit und Überkapazität in eine ausgesprochene Unwirtschaftlichkeit hineingerät« (1948a, 35; 1966, 51); dies ändere aber nichts daran, dass sie »der einzige Weg« sei, »das

wirtschaftliche Leben von Massenkulturen zu organisieren, ohne diesem Ziel den Rest unserer Menschenwürde zu opfern« (1948a, 86; 1966, 107). Von daher gelte grundsätzlich: »Unter dem Gesichtspunkte der Freiheit dürfte die Marktwirtschaft auch dann noch vorzuziehen sein, wenn ihre ökonomischen Leistungen geringer wären als die der Wirtschaftslenkung« (1948a, 65; 1966, 84).

Die Marktwirtschaft findet bei Müller-Armack also nicht primär oder gar ausschließlich eine ökonomische, sondern vor allem eine moralische Rechtfertigung. Selbst wenn sie gegenüber der Wirtschaftslenkung

eine geringere Produktivität hätte, und selbst wenn der wirtschaftliche Aufbau sich langsamer vollziehen würde, müßten wir einer Ordnung den Vorzug geben, die den Einzelnen gegen die Übermacht kollektiver Kräfte sichert (1948a, 65; 1966, 84).

Allerdings sei in Deutschland »angesichts der Übermacht eines dem Staate zugewandten Denkens die lebendige Tradition freiheitlicher Gesinnungen überaus schwach« (1948a, 64; 1966, 83), so dass hier ein erhebliches geistig-kulturelles Defizit bestehe. Denn solange man sich »um kleiner wirtschaftlicher Vorteile willen zu Lenkungs- und Polizeimaßnahmen, die aller Freiheit widersprechen, bereitfindet, muß das Pathos der Freiheit als recht fragwürdig gelten« (1948a, 64; 1966, 83). Demgegenüber findet der strenge und ungehinderte Wettbewerb bei Müller-Armack vor allem deshalb hohe Anerkennung, weil er gegen den moralisch fragwürdigen Hang des Menschen zu einem behäbig-bequemen Alltagsleben »eine stete Verteidigung der Erwerbsstellungen verlangt und so den einzelnen zu höchster Leistungssteigerung zwingt« (1948a, 73; 1966, 93). So wenig sich Müller-Armacks »Pathos der Freiheit« also mit »Lenkungs- und Polizeimaßnahmen« verträgt, so sehr verträgt es sich offensichtlich mit dem unerbittlichen »Leistungssteigerungszwang« einer freien Wettbewerbswirtschaft. Der »domestizierte, harmlose Wettbewerb, der sich inzwischen überall ausgebreitet hat« und ihn »faktisch zu einem anmutigen Spiel macht«, wird jedenfalls strikt verworfen. Eine »konstruktive Wettbewerbspolitik« habe dafür zu sorgen, »dem echten Wettbewerb seine volle Schärfe zurückzugeben«; und

daß ein solcher Wettbewerb von allen als unangenehm und von den Unterliegenden als ruinös empfunden wird, kann nichts an dem Faktum ändern, daß nur ein unter dem Aspekt auch der Ausschaltung bestimmter Betriebe stehender Wettbewerb die letzte Leistungsenergie entfesselt und eine Rechtfertigung der in ihm erzielten Gewinne vom Standpunkte volkswirtschaftlicher Produktivität gibt (1948a, 96; 1966, 118).

So sehr Müller-Armack die Legitimität von Markt und Wettbewerb, von Gewinn und Ruin also letztlich »im Geistigen ... und nicht im Wirtschaftlichen allein« (1948a, 65; 1966, 84) verankern will, so sehr betont er gegenläufig dazu, dass man »die Frage nach der zweckmäßigen Wirtschaftsordnung als das zu sehen« habe, »was sie in der Tat allein ist, als eine reine Instrumentalfrage, die nicht in der Schicht letzter weltanschaulicher Differenzen diskutiert zu werden braucht« (1948a, 66; 1966, 85). Sie soll also einerseits »in ihrem Kern eine fachlich wissenschaftliche Frage« sein, »die gar nicht vor das Forum der Parteien gehört« (1948a, 67; 1966, 86, i. O. herv.) – und insofern, so wird man ihn wohl verstehen müssen, eigentlich der demokratisch-diskursiven Meinungsbildung des Volkes entzogen bleiben und einzig der Expertise von Wirtschaftswissenschaftlern und der Kompetenz nationalökonomischer Politikberatung vorbehalten sein sollte. Andererseits ist sie für ihn aber zutiefst eine moralisch-wertgebundene Frage, die sich nicht pragmatisch-nüchtern an konkreten Erfolgsaussichten, sondern am Prinzip individueller ökonomischer Freiheit zu orientieren habe, so dass Markt und Wettbewerb aus sich selbst heraus höchste moralische Dignität genießen. Müller-Armack sendet hier also durchaus widersprüchliche Signale aus, mit denen er sich jedoch bruchlos in die von christlich-protestantischen Überzeugungen geprägten Mentalitätslagen einordnet, die für den deutschen Ordoliberalismus in seiner Gesamtheit kennzeichnend sind. Insofern dürfte Philip Manow mit seiner These vom »Ordoliberalismus als ökonomischer Ordnungstheologie« im Kern Recht haben, wenn er davon ausgeht, dass dieser »insgesamt nur als Versuch zur Formulierung einer evangelischen Wirtschaftsethik angemessen zu verstehen« (Manow 2001, 186) ist.

⇒ 2.3 »die bewusste Aufprägung einer kulturellen Gesamt-lebensordnung«

Müller-Armack ordnet sich also deutlich in die deutsche Tradition der neo- bzw. ordoliberalen Theoretiker ein und bestimmt die Unterschiede zwischen der »rein liberalen« und der »bewusst gesteuerten«

Marktwirtschaft zunächst ganz im Sinne der Freiburger Schule um Walter Eucken. Auch er betont die Notwendigkeit, einen wirtschaftspolitisch starken Staat zu etablieren, um gegen die seit dem späten 19. Jahrhundert entstandenen Kartelle und Monopole eine strenge Politik der Marktöffnung und des ungehinderten Wettbewerbs durchzusetzen. Die liberale Marktwirtschaft des vergangenen Jahrhunderts habe dagegen den »Übergang zu einer ausdrücklich gestalteten Wirtschaftsordnung« (1948a, 83; 1966, 104) noch nicht vollzogen. Vielmehr

habe »die skeptische Haltung, die man dem Staate gegenüber einnahm«, dazu geführt, »die Frage einer öffentlichen Sicherung des Wettbewerbs zu übersehen« (1948a, 84; 1966, 105). Zudem habe »eine unkluge Übertreibung des wirtschaftspolitischen Liberalismus« dazu geführt, »die Tauschgesellschaft gleichsam als einen keiner Bedienung bedürftigen Vollautomaten zu nehmen« (1948a, 92; 1966, 114). Heute aber wisse man, dass »eine formalrechtliche Wettbewerbsordnung« allein nicht in der Lage sei, eine dauerhaft freie Wettbewerbswirtschaft zu sichern, da der Markt nur ein Halbautomat sei, der »aktiver wirtschaftspolitischer Gestaltung« in einer Form bedürfe, »welche die Marktwirtschaft ergänzt, aber nicht, wie ein großer Teil der früheren Wirtschaftspolitik, ihr widerspricht« (1948a, 93; 1966, 115). Von daher gelte es, das Wirtschaftsgeschehen durch eine politische Steuerung so zu ordnen, dass »die Erhaltung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft« (1948a, 89; 1966, 110) ermöglicht werde, wobei dies – so Müller-Armack in einer gewissen Distanz zu den stärker wirtschaftspolitisch-technisch orientierten Lösungsvorschlägen der Freiburger Schule¹¹ – allein mit dem Instrumentarium staatlicher Wirtschaftspolitik nicht gelingen könne. Darüber hinaus bedürfe es nämlich – wie Müller-Armack im Schlußsatz mit den »kultursoziologisch« angelegten Positionen von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow notiert – auch einer »bewußten Einstel-

(11) So notiert er: »Während sich die neoliberale Theorie [gemeint sind hier Eucken und Böhm, HJGK] vor allem auf die Technik der Wettbewerbspolitik stützt, ist das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft ein *umfassender Stilgedanke*, der nicht nur im Bereiche des Wettbewerbs, sondern im gesamten Raum des gesellschaftlichen Lebens, in der Wirtschaftspolitik wie im Staate Anwendung findet.« (Müller Armack 1959/1966, 252; Herv. i. O.) Ob sich Eucken und Böhm in ihrem programmatischen Selbstverständnis mit einem solchen Verweis auf die »Technik der Wettbewerbspolitik« anfreunden könnten, ist aber zu bezweifeln. Schließlich verstehen sich beide als überzeugte – dabei eher lutherisch an einer skeptischen Anthropologie der »Sündenverfallenheit« als an einer calvinistischen »Gnadengewissheit« orientierte – Protestanten, die vor allem an der moralischen Kraft einer freien Wettbewerbswirtschaft als Ordnungsinstrument zur Disziplinierung des zu sündhaftem Handeln neigenden Menschen interessiert sind, zumal dann, wenn man die verlässliche Erfüllung dieser erzieherischen Aufgaben nicht länger von der staatlichen Obrigkeit erwarten kann (vgl. Manow 2001, 192f.); zu den religiösen Dimensionen im Werk Franz Böhms vgl. Roser 1998. Eine vergleichbare Studie zu Euckens »religiöser Tiefengrammatik« scheint noch immer auszustehen, obwohl Euckens bis in die 1920er Jahre zurückgehende Idee einer »umfassenden geistigen Lebensordnung«, die metaphysisch vorgegeben ist und der die »natürliche Ordnung« einer freien Wettbewerbswirtschaft korrespondiert, auf sämtliche Autoren des deutschen Ordoliberalismus einen kaum zu überschätzenden Einfluss auszuüben vermochte (vgl. Goldschmidt 2009).

lung der marktwirtschaftlichen Ordnung in eine übergreifende Lebensordnung, welche die notwendigen Korrekturen und Ergänzungen zu dem rein technisch verlaufenden Prozeß der Gütererzeugung vollzieht« (1948a, 85; 1966, 106).

Diese Notwendigkeit sei von der damaligen liberalen Marktwirtschaft, die die Aufgaben des Staates auf die Sicherung formaler wirtschaftlicher und politischer Freiheitsrechte beschränken wollte, noch nicht erkannt worden. Man habe seinerzeit übersehen,

wie sehr die im Wirtschaftsleben des 19. Jahrhunderts noch vorhandene seelische Substanz aus dem christlich-religiösen Erbe stammte, das in der rationalisierten Wirtschaftsgesellschaft gefährdet und von den Kräften des ökonomischen Denkens und des Wettbewerbes in Frage gestellt wurde (1948a, 104; 1966, 126).

Heute sei jedoch klar – und hier formuliert Müller-Armack gewissermaßen eine wirtschaftstheoretische Variante des erst zwei Jahrzehnte später im staatstheoretischen Kontext formulierten Böckenförde-Paradoxes –, dass jede Wirtschaftsordnung von Voraussetzungen lebe, die sie nicht selbst garantieren könne:

Die Aufgabe, Werte und sittliche Überzeugungen zu schaffen, kann einer solch formalen Ordnung schlechthin nicht zugemutet werden. Wir wollen uns der nüchternen Einsicht nicht verschließen, daß alle formal wirtschaftlichen Ordnungen, die Marktwirtschaft nicht weniger als die Lenkungswirtschaft, kulturelle Substanz aufzehren. Die Marktwirtschaft kann eine Gesamtlebensordnung nicht aus sich bereits schaffen. Sie wird kulturelle Lebensüberzeugungen nur so weit berücksichtigen, als sie ihr bewußt aufgeprägt werden. (...) Die Marktwirtschaft kann ohne eine solche von außen kommende Prägung überhaupt auf die Dauer nicht existieren. (1948a, 104; 1966, 127).

Welchen Mitteln und Wegen, Instanzen und Methoden Müller-Armack die notwendige Durchschlagskraft zutraut, einer in ihrer »seelischen Substanz« durch die Marktmechanismen bedrohten Gesellschaft den mittlerweile verlorenen – und durch die weiterwirkenden »Kräfte des Wettbewerbs« permanent weiter erodierenden – »Fundus kultureller Gesinnungen ... in bewußter Gestaltung« immer wieder neu »aufzuprägen«, lässt der Text allerdings weitgehend offen. Unübersehbar ist aber, dass Müller-Armack hier vor allem den Staat in die Pflicht nehmen will. Und unübersehbar ist auch, dass dieses Motiv einer der Gesellschaft »aufzuprägenden« christlich-kulturellen »Gesamtlebensordnung« zeitlebens ein zentrales Anliegen der Müller-Armackschen Wirtschafts- und Sozialkonzeption bleiben sollte. Denn auch, als er 1960 die »Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft« auszurufen begann, plädierte er – nachdem alle wirtschaftlichen Erfolge der

Nachkriegszeit nicht »die erwartete soziale Befriedigung gezeitigt, sondern geradezu neue Unruhe und Unzufriedenheit wachgerufen« (1960/1966, 270) hätten – in diesem Sinne für »besondere gesellschaftspolitische Anstrengungen«. Mit ihnen solle die heutige, »durch eine beispiellose industrielle Expansion in Bewegung geratene und durcheinander geschüttelte demokratische Gesellschaft« wieder »das Maß an Lebensform« finden, »das ihr durch die Folgen der Industrialisierung, der Verkehrsentwicklung, des Abbaus traditionaler Bindungen an die heimatliche Scholle, an angestammte Berufe und an Selbständigkeit verloren ging« (1960/1966, 271).¹²

Ähnlich wie Röpke und Rüstow bedauert also auch Müller-Armack – nicht nur in seinen frühen Schriften, sondern auch in seinem Spätwerk – immer wieder den

Rückgang der Chance, selbständig zu werden, das Schwinden der für den soziologischen Ausgleich, für den sozialen Aufstieg so überaus wichtigen Zwischen- und Mittelschichten, die Zentralisation, welche das Leben mehr und mehr aus seinen ländlich, kleinstädtisch überschaubaren und gebundenen Verhältnissen hinausführt und einer undifferenzierten Massenzivilisation den Weg bahnt (1948a, 127; 1966, 151).¹³

(12) Müller-Armack denkt hier an den »Einbau« nicht näher erläuteter »gesellschaftlicher Stabilisatoren«, die geeignet sein sollen, »den in die Vereinzelung gedrängten Menschen unserer Zeit das Bewußtsein und die objektive Sicherung in einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Konzeption zu geben«. Den Herausforderungen der »labil gewordenen Situation einer klassenlosen Gesellschaft« sei nämlich eine »nur pädagogisch-geistige Therapie ... nicht gewachsen« (1960/1966, 272f.). Wie diese »Stabilisatoren« näherhin aussehen und wer sie auf welche Weise implantieren soll, deutet der Text nur vorsichtig an, wenn er einer Intensivierung und »qualitativen Umorientierung« der öffentlichen Leistungen des Staates »im Schul- und Bildungswesen, im Straßen- und Wohnungsbau, im Sicherheitsdienst, in der allgemeinen Verwaltung usw.« das Wort redet, um auf diese Weise »die Gesamtumweltform« zu verbessern, »in der sich unser öffentliches Leben vollzieht« (ebd., 286f.).

(13) Die Schriften Röpkes und Rüstows sind bekanntlich durchzogen von einer sozialromantisierenden Wehleidigkeit über die mit der großen Industrie und dem modernen Großstadtleben verbundenen Phänomene der Nivellierung und der Vermassung, der Vereinzelung und Anonymisierung, der kulturellen und moralischen Degeneration etc., denen nur durch eine Rückkehr zu den überschaubaren Verhältnissen agrarisch-dörflicher Lebenswelten und Sozialformen zu wehren sei. Für Rüstow bildeten deshalb gerade auch für den Industriearbeiter die verlorenen »bäuerlichen Tugenden« und das Ideal einer auf Garten und Eigenheim gestützten Nebenerwerbslandwirtschaft den Inbegriff einer Sozialen Marktwirtschaft, die »nicht etwa eine egalitäre Massengesellschaft« sein könne, sondern »selbstverständlich in sich gestaffelt, hierarchisch aufgebaut sein muß« (Rüstow 1959, 17). Auch Röpke wiederholt regelmäßig und mit hoher moralischer Ereiferung seine Verdammungsurteile über den nach der Reichsgründung 1871 einsetzenden Aufstieg der deutschen Wirtschaft zum »Kolossal-Kapitalismus« und zur »Elephantiasis der Großstädte und Industriereviere«, mit denen sich nicht zuletzt auch eine verhängnisvolle Aufblähung des Staates und seiner sozialpolitischen Aufgaben ergeben habe; vgl. umfassend zu Röpkes Leben und Werk vor allem Hennecke 2005.

Allerdings räumt er – insofern gegenüber den bestehenden Realitäten einer großräumig ausdifferenzierten Fabrik- und Industriegesellschaft deutlich aufgeschlossener als seine sich nur allzu oft in larmoyante Klageprosa ergehenden »soziologischen« Mitstreiter Röpke und Rüstow – durchaus ein, dass die von ihm angestrebte »neue Gesellschaftspolitik« (1960/1966, 275) die »in der heutigen Zeit einfach hinzunehmende Großorganisation der Wirtschaft« nicht ausblenden und ignorieren dürfe, »wenn sie nicht zu einer Ideologie werden will, die nur einer früheren Gesellschaftslage entspricht«. Es dürfte nämlich, so räumt er ein, »wenig Erfolg versprechen, einen programmatischen Kampf gegen die sogenannte Machtkonzentration in der Wirtschaft aufzunehmen, deren unbestreitbare Leistungen einen wesentlichen Teil der Wohlstandsmehrung ermöglichen« (1960/1966, 274).

Aber auch wenn Müller-Armack sich damit deutlich von der idyllischen Sozialromantik vormoderner, agrarisch-dörflich geprägter Lebenswelten à la Röpke und Rüstow distanziert, so hält auch er daran fest, dass seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen »in etwa dem Wunsche nach einer Vitalpolitik im Sinne von Alexander Rüstow entsprechen, einer Politik, die jenseits des Ökonomischen auf die vitale Einheit des Menschen gerichtet ist,« auch wenn sich »diese Einheit der menschlichen Umwelt« heute nicht mehr »allein in der Familie, in Haus und Garten herstellen« (1960/1966, 280) lasse.¹⁴

⇒ 2.4 »dass der soziale Schutz nur wirklich Bedürftigen zukommt«

Auch wenn sich Müller-Armack selbst regelmäßig als neo- bzw. ordoliberal bezeichnet und immer wieder seine Nähe zu Autoren wie Hayek und Mises, Eucken und Böhm, Röpke und Rüstow betont, so zeichnet sich sein Konzept einer »bewusst gesteuerten Marktwirtschaft« doch deutlich durch die Profilierung einer umverteilungspolitischen Komponente aus, die sich bei anderen Autoren des neo- bzw. ordoliberalen Spektrums in vergleichbarer Form nicht findet und

(14) Rüstows dörflich-agrarisch angelegte »Vitalpolitik« versteht sich als Alternative zur wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik, die »in würdeloser Weise den Menschen von der Staatskrippe abhängig (mache), statt seine Eigenverantwortung zu stärken« (Rüstow 1958, 42). Während sich die traditionelle Sozialpolitik nämlich nur an »groben äußeren Meßbarkeiten« orientiere, »als ob das Glück des arbeitenden Menschen einfach proportional seiner Lohnhöhe und umgekehrt proportional seiner Arbeitszeit wäre«, will Rüstows Vitalpolitik – noch wesentlich stärker leviathanisch-totalitär anmutend als Müller-Armacks Wunsch nach »Einbau gesellschaftlicher Stabilisatoren« – in einem umfassend-ganzheitlichen Sinne allen seelischen und materiellen Bedürfnissen des Menschen gerecht werden: »von den greifbaren Tatsachen seiner Einkommenslage, seines Berufes, seiner Wohnung, seiner Familie, bis zu den Unwägbarkeiten seines Unterbewusstseins, seiner Weltanschauung, seiner Religion. Auf den meisten dieser Gebiete ist heute die Lage der meisten Menschen unbefriedigend und änderungsbedürftig, und auf all diesen Gebieten muß theoretisch und praktisch angesetzt werden.« (Rüstow 1952/1963, 268f.); vgl. zur »Vitalpolitik« Rüstows u.a. Hegner 2000, 52-68.

die insofern als Müller-Armacksches Sondergut gelten kann. Er erklärt nämlich, dass es »ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus« gewesen sei, »die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen«. Hier habe es eine »Verkennung der echten Notwendigkeit eines sozialen Einkommensausgleiches«, aber auch eine fehlende »Berücksichtigung der staatlichen Erfordernisse« (1948a, 85; 1966, 106) gegeben, die zu korrigieren seien.

Dennoch beklagt Müller-Armack im Blick auf »das sozialpolitische Schrifttum« seiner Zeit zunächst, »wie viel dort gegen den Wettbewerb gesagt und polemisiert wird, ohne daß kaum je die Betrachtung sich zu volkswirtschaftlicher Einsicht in die Zusammenhänge erhebt« (1948a, 106; 1966, 129).

Und ganz im Sinne der Neoliberalen betont auch er vor allem »die größere wirtschaftliche Ergiebigkeit« dieser Ordnung, so »daß einige sozialpolitische Vorteile sich bereits aus der marktwirtschaftlichen Ordnung als solcher ergeben« (1948a, 108; 1966, 131). Allerdings sei einzuräumen, dass die Marktwirtschaft erhebliche Einkommensunterschiede hervorbringe, deren Ausmaße »uns sozial unerwünscht erscheinen«, so dass die prinzipielle Legitimität staatlicher Umverteilungsmaßnahmen anzuerkennen sei. Deshalb solle der Staat »einen direkten Einkommensausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen durch eine unmittelbare Einkommensumleitung« vornehmen dürfen, indem »die einlaufenden Beträge« (1948a, 109; 1966, 132, i. O. teilw. herv.) im Rahmen einer »marktwirtschaftlichen Sozialpolitik«, d.h. in »marktkonformer« Weise, an Bedürftige weitergeleitet werden. Dabei betont er grundsätzlich:

Selbst eine hohe Besteuerung zugunsten eines sozial- und staatswirtschaftlichen Konsums ist bei der Wahl richtiger Steuerformen eine marktwirtschaftlich durchaus neutrale Tatsache, welche die Nachfragedaten zwar entscheidend verändert, deren Berücksichtigung aber die marktwirtschaftlichen Spielregeln nicht verletzt. (1948a, 94; 1966, 115)

Allerdings sagt Müller-Armack an keiner Stelle, dass eine solche »hohe Besteuerung« auch tatsächlich notwendig oder gar wünschenswert sei. Zu den angemessenen Formen und Wegen »staatlicher Einkommensumleitung« äußert er sich ohnehin nur sehr zurückhaltend. Konkret spricht er in seiner 1946er-Programmschrift lediglich von drei Bereichen einer staatlichen Bezuschussung, nämlich von »direkten Kinderbeihilfen«, »Mietzuschüssen« und »Wohnungsbauzuschüssen«, die den »Idealfall eines marktgerechten Eingriffes« darstellen, da sie die Preisrelationen nicht verzerren, sondern »eine rein marktwirtschaftliche Verlagerung der Kaufkraft- richtung« herbeiführen. Nicht zuletzt böten diese Formen »marktwirt-

schaftlicher Sozialpolitik« auch den Vorteil, durch staatliche Kontrollmaßnahmen gewährleisten zu können, »daß der soziale Schutz nur wirklich Bedürftigen zukommt« (1948a, 109; 1966, 132). Dass sozialer Schutz und soziale Sicherheit in der Tradition des deutschen Sozialversicherungsstaates gerade nicht auf steuerfinanzierte Sozialleistungen für die »wirklich Bedürftigen« zu reduzieren sind, sondern als durch eigene Beitragszahlungen erworbene und nach den Prinzipien individueller Leistungsgerechtigkeit und solidarischer Risikoabsicherung gewährleistete Rechtsansprüche definiert werden – und gerade dadurch ihre hohe gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung gewonnen haben, wird von Müller-Armack nicht näher thematisiert. In seinen Schriften finden sich kaum Hinweise auf die spezifischen Errungenschaften dieses bismarckianisch-katholischen Sozialversicherungsmodells;¹⁵ und wenn er davon spricht, dass »weiterhin selbstverständlich ... alle sozialpolitische Rechtsgestaltung und das soziale Versicherungswesen« in den Rahmen einer marktwirtschaftlichen Sozialpolitik »einfügar« (1948a, 110; 1966, 133) seien, so bleibt an dieser Stelle offen, ob er damit die obligatorischen Sozialversicherungen oder nicht eher die freiwilligen Hilfs- und Gegenseitigkeitsvereinigungen aus den älteren Traditionen bürgerlich-liberaler Sozialreform meint. Näheres zu diesen Fragen findet man in der 1946er-Schrift, die lediglich einen fünfseitigen Abschnitt zur Sozialpolitik enthält, jedenfalls nicht. Allerdings äußert sich Müller-Armack nur kurze Zeit später, im ersten Band des von Eucken und Böhm neu gegründeten ORDO-Jahrbuchs (Müller-Armack 1948b), wesentlich deutlicher zu seinen Vorstellungen einer »marktwirtschaftlichen Sozialpolitik«, die er hier mit Nachdruck nicht nur gegen die sozialpolitischen Verhältnisse des Nationalsozialismus, sondern auch gegen die Sozialpolitik des Kaiserreichs und der Weimarer Republik in Stellung bringt. So erklärt er im Rückblick auf die »sozialen Bestrebungen der letzten Jahrzehnte«: »Die Kräfte des Sozialstaates und der sozialen und sozialistischen Bewegungen der verschiedensten Schattierungen waren es, die neben gewissen nationalen Kräften dem Prinzip einer anti-marktwirtschaftlichen Lenkung zum Durchbruch verhelfen.« Und auch wenn es nicht an Stimmen gefehlt habe, »die den Sozialpolitikern die Beachtung wirtschaftlicher Rücksichten nahe legten«, hätten auch »die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die sich der vordringende Sozialstaat verwickelt sah, ... zu keiner Selbstbesinnung« geführt:

(15) In diesem Sinne notiert auch Dahrendorf (2004, 4) zu Recht: »Wer die Reden von Ludwig Erhard und die zahlreichen Texte von Alfred Müller-Armack liest, kann gar nicht umhin festzustellen, dass in ihnen nur selten die Rede ist von den beiden großen sozialen Themen der ersten Adenauer-Regierung, der Rentengesetzgebung und der Mitbestimmung.«

Am Ende stand ein immer weiterer Abbau der marktwirtschaftlichen Ordnung und die Überzeugung, der sozial-politische Erfolg könne gerade an der Radikalität dieses Abbaus gemessen werden. (1948b, 127; 1966, 173).

Im Sinne einer »marktkonformen Sozialpolitik« sei zunächst einmal »jene große soziale Tat zu würdigen, die zur Befreiung des einzelnen Menschen von Knechtschaft und Zwang im Rahmen einer freien Gesellschaftsform damals vollbracht wurde« (1948b, 128; 1966, 174). Auf dieser Grundlage müsse man wieder

die Ende des 18. Jahrhunderts aus liberalen Prinzipien entwickelte Selbsthilfeeinrichtung der Sparkassen und insbesondere die aus dem Sektenmilieu hervorgegangene Ausgestaltung genossenschaftlicher Hilfe, die im 19. Jahrhundert in den verschiedensten Formen der Produktiv-, Konsum- und Kreditgenossenschaften zu praktischer Bedeutung aufsteigt (1948b, 129; 1966, 175),

in den Blick nehmen. Denn hier sei noch »jene praktisch-nüchterne, humanitär-christliche Sozialreform« anzutreffen gewesen, die »gegen Ende des Jahrhunderts« (1948b, 130; 1966, 176) ersetzt worden sei durch die

zentralistische Verstaatlichung, die Forcierung auch des sozialpolitischen Großbetriebs in Gewerkschaften, Parteien, Staatsbetrieben und Versicherungen, die Auslieferung an die Herrschaft einer Bürokratie, die Zunahme von Abstraktion und Unpersönlichkeit auch in den sozial geregelten Beziehungen (1948b, 131; 1966, 177).

Gegen diesen Trend zur »Verstaatlichung der Sozialpolitik« (1948b, 131; 1966, 177) ruft Müller-Armack dazu auf, wieder »an jene frühe Sozialpolitik anzuknüpfen, deren Weg nicht sinngemäß fortgesetzt wurde, deren geschichtliche Wirksamkeit sich jedoch bis heute in zahlreichen Institutionen, Banken, Versicherungen, Sparkassen, Genossenschaften und in manchen Rechtseinrichtungen fortsetzt« (1948b, 148; 1966, 194). Jedenfalls müsse es heute darum gehen, vom »Versuch einer Totalsicherung aller Erwerbs- und Verteilungschancen« (1948b, 150; 1966, 196) loszukommen und

innerlich Abstand zu gewinnen von jener Gesamttendenz der Sozialpolitik, ... die an die Stelle persönlicher Entscheidung das vermeintliche Entwicklungsgesetz rückt, welches über unser Dasein angeblich entscheiden soll, jene Ansicht, welche den Zug zur großen und größten Form, ob es sich nun um Betriebe, Gewerkschaften, Sozialverwaltungen, Parteien oder Staaten handelt, dem Fortschritt gleichsetzt. Dieser Hang zu immer abstrakterer und anonymerer Organisation, in der der einzelne seine

Persönlichkeit, den menschlich überschaubaren Arbeitskreis und seine Beziehung zu Heimat und Scholle einbüßt, hat auch die sozialen Ideen bedenklich ergriffen«;

mit der Folge, dass den »gesteigerten Forderungen an das Sozialverhalten abstrakter Kollektiva ... ein sichtliches Sinken der echten sozialen Gesinnungen bei den einzelnen« gegenübersteht (1948b, 151; 1966, 196).

Dennoch räumt Müller-Armack aber – auch hier wieder eigentümlich changierend zwischen kulturpessimistischen Rückwärtshoffnungen auf eine breitenwirksame Revitalisierung längst untergegangener kleinräumig-dörflicher Lebenswelten und realistisch-nüchterner Anerkennung der ausdifferenzierten Komplexitätslagen industrieller Massengesellschaften – durchaus ein: »Daß die Sozialversicherung zentral durchgeführt werden muß, dürfte auch weiterhin angemessen sein« (1948b, 152; 1966, 197), auch wenn man »die Aufgabe der Entproletarisierung« in Zukunft weniger »einem abstrakten Apparat« als »den engeren menschlichen Gemeinschaften« (1948b, 153; 1966, 198) anheim geben sollte.

In diesem Sinne geht Müller-Armack auch Mitte der 1950er Jahre, als die Sozialismusfreudigkeit der unmittelbaren Nachkriegszeit längst vergangen war, die Mentalitätslagen des Kalten Krieges herrschten und die 1946 noch als verwegen-revolutionär geltende Einführung einer marktwirtschaftlichen Grundordnung erfolgreich vollzogen war, über sein ursprüngliches Plädoyer für die »bewusst gesteuerte Marktwirtschaft« nicht hinaus. In seinem bis heute immer wieder zitierten sechsspaltigen Artikel im *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften* (Müller-Armack 1956), in dem er noch einmal die Grundzüge seiner Konzeption Sozialer Marktwirtschaft präsentiert, ist von den Sozialversicherungen jedenfalls keine Rede; und dies, obwohl zu dieser Zeit die Diskussion um Adenauers »große Sozialreform« längst voll entbrannt war.¹⁶

Zwar erklärt Müller-Armack hier: »Sinn der sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden« (1956, 390; 1966, 243; Herv. i. O.), da »auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Gesamtordnung ... ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden« (1956, 390; 1966, 245) könne. Wie dieses näherhin auszugestalten sei, sagt er allerdings nicht. In Hinblick auf »das Soziale« der Sozialen Marktwirtschaft spricht er auch hier vor allem

(16) Vgl. zur Debatte um die von Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung von 1953 in Aussicht gestellte »umfassende Sozialreform« noch immer unübertroffen Hockerts 1980, bes. 216-425.

von der »dem Wettbewerbssystem an sich schon innewohnenden sozialen Funktion« (1956, 390; 1966, 245), während er zur staatlichen »Einkommensumleitung, die in Form von Fürsorgeleistungen, Renten- und Lastenausgleichszahlungen, Wohnungsbauzuschüssen, Subventionen usw. die Einkommensverteilung korrigiert« (1956, 391; 1966, 246), einschränkend – und anders als noch 1946 – darauf hinweist, dass mit solchen Interventionen »leicht die Schwelle überschritten werden« könne, »an der die Störung des Marktes beginnt« (1956, 391; 1966, 246). Und auch für die von ihm einige Jahre später proklamierte »Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft« müsse es in der Sozialpolitik vor allem darum gehen, »in gewissen Bereichen die Selbstverantwortung wenigstens zum Teil mehr dem einzelnen zu überlassen, um zu einer Konzentration der sozialen Hilfe auf die wirklich hilfsbedürftigen Fälle zu gelangen« (1962/1966, 313).

Müller-Armack spricht sich also trotz mitunter anzutreffender Hinweise auf die Notwendigkeit von Sozialversicherungen an keiner Stelle deutlich für ein eigenständiges Sozialversicherungssystem aus, das nicht nur »die wirklich hilfsbedürftigen Fälle«, sondern breiteste Bevölkerungskreise in einen ebenso an individueller Vorleistungsgerechtigkeit wie an individueller bedarfsorientierter Umverteilung interessierten solidarischen Sozialversicherungszusammenhang bringen und dabei explizit, wenn auch nur partiell dekommodifizierend wirken will, auch wenn sein Topos vom »sozialen Ausgleich« bis heute oft in diesem Sinne interpretiert wird.¹⁷ Von daher verwundert es auch nicht, dass der stets auf politische Unterstützung bedachte und deshalb besonders behutsam und »irenisch« formulierende Müller-Armack mit Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Tendenzen der Zeit der Großen Koalition seit 1966 und insbesondere der sozial-liberalen Ära seit 1969 für seine Verhältnisse sehr deutlich vor der Gefahr eines »drohenden Systemwechsels«¹⁸ warnt.

(17) So etwa im Sozialwort der Kirchen von 1997, in dem Müller-Armacks Formel von der »bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft« ungeprüft als Plädoyer für die deutsche Tradition des Sozialversicherungsstaates gelesen wird, vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Nr. 177f.

(18) So notiert er in einem Text aus dem Januar 1977, der vielen als eine Art Vermächtnis gilt, u. a.: »Jeder dieser einzelnen Schritte, das erschwert die Beurteilung des Ganzen, mag ein Stück Vernünftigkeit enthalten, die Summe der kleinen Schritte bedeutet eine zunehmende Belastung der Wirtschaft, eine immer größere Verstrickung der Staatsfinanzen, der Sozialversicherungen in ein Netz dirigistischer Politik, das am Ende praktisch auf einen Systemwechsel hinausläuft, zumindest in eine Ordnungsform, die auch politisch nicht mehr regulierbar und steuerbar ist.« (1977/1981b, 319) Schon einige Jahre früher hatte er seine Vorstellungen zur »Zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft« deutlich gegen die »heutige Diskussion um die Umweltgestaltung, Bildungs- und Verkehrsplanung und die Sicherung der Vermögensbildung« in Stellung gebracht und gegen den herrschenden »Inflationismus« erklärt: »das, was seinerzeit

Man wird also konstatieren können, dass Müller-Armack aus der Gruppe der Neo- bzw. Ordoliberalen derjenige war, der noch am ehesten die moralische Legitimität von – freilich gering zu haltenden – sozialpolitischen Umverteilungsmaßnahmen im Auge hatte. Ohne Frage aber gehörte auch er seit den 1920er Jahren »mit Friedrich August von Hayek, Walter Eucken sowie Wilhelm Röpke zum rechten Flügel der jüngeren Ökonomen« (Dietzfelbinger 2000, 87), für die es stets und schon immer »zu viel Staat« und »zu wenig Eigenverantwortung«, »zu wenig Markt« und »zu viel Kollektivismus« gab und gibt. Dabei hat Müller-Armack die gesellschaftlichen Realitäten einer postliberalen Gesellschaft als solche zwar – deutlich vorbehaltloser als Röpke und Rüstow – durchaus anerkannt; allerdings scheinen ihn die immer wieder an die Oberfläche drängenden Reminiszenzen an vormoderne christlich-kleinräumliche Wert- und Ordnungsmuster calvinistisch-pietistischer Provenienz daran zu hindern, sich wirklich vorbehaltlos auf die Komplexitätsslagen moderner Industriegesellschaften einzulassen und »jenseits von Heimat und Scholle« nach tragfähigen Leitbildern einer Kombination von wirtschaftlicher Dynamik und sozialem Ausgleich, von effizienter Marktwirtschaft und leistungsstarkem Wohlfahrtsstaat Ausschau zu halten.

⇒ 3 »Wohlstand für alle« oder »verhängnisvoller Weg in den Versorgungsstaat«? Wie Erhard die Soziale Marktwirtschaft propagierte und Adenauer ihre Einführung verhinderte.

Der eigentliche politische Frontkämpfer der Sozialen Marktwirtschaft war freilich nicht der westfälisch-rheinländisch geprägte Religionssoziologe und Wirtschaftswissenschaftler Müller-Armack, sondern der in eine kleinbürgerliche fränkische Familie – sein Vater hatte ein gut gehendes Textilgeschäft – hineingeborene und von seiner Mutter evangelisch erzogene Wirtschaftspolitiker Ludwig Erhard, der in den 1950er Jahren zum allseits beliebten und verehrten »Vater der Sozia-

als Soziale Marktwirtschaft zweiter Teil umschrieben wurde, war gedacht als eine gesellschaftspolitische Erweiterung *im Rahmen und mit den Kräften und unter Einhaltung der Grundsätze* der marktwirtschaftlichen Ordnung. ... Diese gesellschaftspolitischen Ansätze waren getragen von der Überzeugung, daß eine funktionsfähige Marktwirtschaft die private Eigentumsordnung erhält und die Vermögensbildung gegen die Entstehung neuer kollektiver Machtgebilde absichert« (1973/1981b, 188f.; Herv. i. O.). In diesem Rahmen spricht er sich auch explizit gegen den Trend zur »Demokratisierung« der Gesellschaft aus und führt unter Verweis auf Hayeks Schrift *Die Verfassung der Freiheit* aus, dass es darum gehen müsse, »die Demokratisierung unter das Gesetz einer Verfassung zu stellen, die sie hindert, tyrannisch zu werden gegen Andersdenkende, oder durch Mehrheitsbeschlüsse in eine Diktatur auszuarten, die das Recht der Minderheit, frei zu sein, beseitigt« (ebd., 191).

len Marktwirtschaft« avancierte, bevor seine Popularitätswerte – und damit auch der Charme seiner Sozialen Marktwirtschaft – Mitte der 1960er Jahre dramatisch in den Keller stürzten.¹⁹

Die zentrale Programmschrift der Erhardschen Sozialen Marktwirtschaft bildet das Anfang 1957 aus Anlass von Erhards 60. Geburtstag erschienene, knapp 400seitige Buch *Wohlstand für alle*, ein von dem *Handelsblatt*-Redakteur Wolfram Langer erarbeiteter und aus verschiedenen Erhard-Reden zusammengestellter Band, der innerhalb weniger Monate eine Auflage von 40.000 Exemplaren erlebte. Dieses Buch ist deutlich in die wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsatzkonflikte seiner Zeit hineingeschrieben – konkret: in den Streit um die seit langem anhängige Kartellgesetzgebung und die von Adenauer in seiner Regierungserklärung von 1953 angekündigte »umfassende Sozialreform«. Und es versucht, auf diesen beiden zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Konfliktfeldern öffentliche Unterstützung zu gewinnen, obwohl Erhard seinen mit hohem programmatisch-propagandistischen Aufwand geführten »Kampf um die Soziale Marktwirtschaft« zu diesem Zeitpunkt de facto bereits verloren hatte.

Erhard selbst machte nie einen Hehl daraus, dass die Formel der Sozialen Marktwirtschaft für ihn nichts anderes als ein schlichter Pleonasmus ist. Ganz im Einklang mit dem klassischen Wirtschaftsliberalismus glaubte auch er fest an die anonym-wohlthätigen Mechanismen des ungehinderten Marktwettbewerbs und ihrer gleichermaßen freiheits- wie wohlstandsstiftenden Kraft. Diese gelte es, mit den Mitteln einer vor allem auf rigorose Kartell- und Monopolverbote abzielenden Politik der Wiederherstellung des freien Wettbewerbs erneut ins Werk zu setzen. Wenn nämlich »der Wirtschaftsprozeß, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbständig gesteuert« werde, führe dies »in der Marktwirtschaft zu einem Höchstmaß an Produktion und einer Steigerung des Wohlstands der gesamten Bevölkerung«. Die entscheidenden »Antriebskräfte« seien hier » Freiheit, Selbstverant-

(19) Vgl. grundlegend zu Leben und Werk Erhards die mitunter etwas spöttisch geratene Biografie Hentschel 1996; mit starken neoliberalen Sympathien auch Mierzejewski 2006, dessen Buch erzählen will, »wie ein außergewöhnlicher, doch normaler Mensch, der am Ende als tragische Figur erscheint, sein Land zu verändern versuchte. Erhard war nur teilweise erfolgreich, doch in dem Maße, wie er es war, wurde Deutschland zu einem besseren Land« (ebd., 12).

wortung und persönliche Initiative bei der Berufswahl, Erwerbstätigkeit und dem Konsum, die jedem als Produzenten und als Verbraucher die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Chancen eröffnen, sowie eine leistungsbedingte Einkommensverteilung« Dementsprechend bilde die Marktwirtschaft »diejenige Wirtschaftsordnung, die ein Maximum an Produktivität, Wohlstandssteigerung und persönlicher Freiheit verbindet« (Erhard 1956/1962, 302), denn es sei eben das Geheimnis der Marktwirtschaft

daß sich in ihr sozusagen täglich und stündlich die Anpassungsprozesse vollziehen, die Angebot und Nachfrage, Sozialprodukt und Volkseinkommen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Beziehung zur richtigen Entsprechung und somit auch zum Ausgleich bringen (Erhard 1957, 176).

Wenn es gelinge, durch rigorose Politiken der Markt- und Wettbewerbsöffnung einen echten Konsumentenmarkt zu etablieren, dann bestehe »der soziale Sinn der Marktwirtschaft« darin, »daß jeder wirtschaftliche Erfolg, wo immer er entsteht, ... einer besseren Befriedigung des Konsums dient« (1957, 174). Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft besteht für Erhard – und daran ließ er nie den geringsten Zweifel – also ausschließlich darin, dass eine auf dem freiheitlichen Wettbewerb beruhende Wirtschaftsverfassung »immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag« (1957, 7: i.O. teilw. herv.). Denn einzig der Wettbewerb schaffe es, »den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen« (1957, 7f.). Dieser Effekt werde aber nur dann eintreten, »wenn und solange der Wettbewerb nicht durch künstliche oder rechtliche Manipulationen behindert oder gar ausgeschaltet wird« (1957, 9). In diesem Sinne werden auch die Menschenrechte vor allem als Konsumentenrechte wahrgenommen, etwa als »das demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit« (1957, 14; i.O. herv.). So erklärt Erhard:

Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unserer Gesellschaftsordnung geahndet werden« (1957, 14).

Auch die Währungsstabilität sei »in die Reihe der menschlichen Grundrechte aufzunehmen, auf deren Wahrung durch den Staat jeder Staatsbürger Anspruch hat« (1957, 16; i.O. teilw. herv.). Und zum Thema der sozialen Gerechtigkeit – Müller-Armacks Vokabel des

»sozialen Ausgleichs« scheint Erhard gemieden zu haben – erklärt er, dass sie nichts mit staatlich zu organisierender Verteilung zu tun habe: es gebe »nur eine gerechte Verteilung ... und das ist die, die durch die Funktion des Marktes erreicht wird. Der Markt ist der einzig gerechte demokratische Richter, den es überhaupt in der modernen Wirtschaft gibt.²⁰« Auch für Erhard ist die Soziale Marktwirtschaft aber nicht nur ein technisches Instrumentarium zur Wohlstandsmehrung, sondern vor allem ein hoch ambitioniertes moralisches Gesellschaftsprojekt, das über die – von einem freien Konsumentenmarkt induzierte – massenhafte Hervorbringung preiswerter Konsumgüter für die breite Bevölkerung weit hinausgehen soll. So erklärte er vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU im Jahr 1961:

Alle Zwangsformen der Wirtschaft sind im Grunde genommen, auch wenn sie materiell vielleicht sogar erfolgreich sein können, unmoralisch, weil in ihnen das, was uns den höchsten Wert bedeutet, nämlich der lebendige Mensch mit seinem Gewissen, zerstört wird (Erhard 1961/1962, 590).

Man hinge einer »völlig irrigen Vorstellung« an, wenn man behaupte, »das Glück des Menschen sei in einer quantitativ meßbaren, maximalen Bedarfsdeckung zu suchen« (Erhard 1946/1961, 21). Es gehe vielmehr um eine »Ordnung, die durch freiwillige Einordnung, durch Verantwortungsbewußtsein in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt« und in der Freiheit nicht »Freibeutertum« und »Verantwortungslosigkeit«, sondern »verpflichtende Hingabe an das Ganze« bedeute (Erhard 1948/1962, 69f.).

Nachdem Erhard schon 1951 das von ihm heftig bekämpfte Gesetz über die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie hatte hinnehmen müssen, richtete sich sein Kampf für die Soziale Marktwirtschaft Mitte der 1950er Jahre vor allem auf zwei Ziele, genauer gesagt: auf zwei Verhinderungen – und mit beiden Verhinderungsversuchen ist er deutlich gescheitert. Zum einen ging es ihm in den langjährigen Auseinandersetzungen um das erst im Juli 1957 verabschiedete *Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen* um die Durchsetzung eines strikten Kartellverbots. Kartelle seien »Feinde der Verbraucher« (1957, 164) und in einer Marktwirtschaft »artwidrige Fremdkörper« (Erhard 1955/1962, 268). Verbandlich organisierte Interessen aller Art hätten sich

dessen bewußt zu sein, daß sie sich in ein Ganzes einordnen müssen und daß die Rechnung nicht aufgeht, wenn jeder ohne Rücksicht auf den anderen und gefühllos

(20) Erhard, in: Verhandlungen des deutschen Bundestages 1950; zit. n. Habermann (Hg.) 2005, 38.

gegen seine Umwelt glaubt, unter Inanspruchnahme von Macht jeweils das Erringen zu können, was der Augenblick gerade hergibt (Erhard 1961/1962, 593).

Von daher sei »die Wiedererweckung und das lebendige Erleben einer echten Staatsautorität«²¹ notwendig, denn:

Je größer der Druck der Verbände und Gruppen auf den Gang der Politik, je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, umso entschiedener ist es allen verantwortlichen Kräften – und im besonderen Maße der Bundesregierung – aufgegeben, für die Respektierung des Gemeinwohls Sorge zu tragen.²²

In wirtschaftspolitischer Hinsicht bedeute dies, streng und unerbittlich für einen unvermachteten Wettbewerb zu sorgen, weshalb – wie es gleich auf den ersten Seiten von *Wohlstand für alle* heißt – »ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche ›wirtschaftliche Grundgesetz‹ zu gelten« habe: »Versagt der Staat auf diesem Gebiete, dann ist es auch bald um die ›Soziale Marktwirtschaft‹ geschehen« (Erhard 1957, 9). Adenauers realpolitisch-pragmatische, machtpolitisch kaum vermeidbare und mit Blick auf die wünschenswerten Mindestmaße an wirtschaftlicher Größe und investitionsfähigem Kapital auch wirtschaftspolitisch wohl sinnvolle oder sogar notwendige, aus ordoliberalen Sicht aber schlicht prinzipienlos-opportunistische Politik der Verständigung mit dem BDI und dessen hartnäckigem Vorsitzenden Fritz Berg hat jedoch dazu geführt, dass die Industrie eine ganze Reihe von Ausnahmebestimmungen durchsetzen konnte, so dass statt eines rigorosen Kartellverbots nur ein wachweiches Missbrauchsverbot ratifiziert wurde (vgl. Mierzejewski 2005, 206-216). Die ordoliberal erhoffte radikale Wettbewerbsöffnung war damit gescheitert. Und Erhards in

(21) Erhard, Wahlauftritt zur ersten Bundestagswahl vom Juli 1949; zit. nach Habermann (Hg.) 2005, 94.

(22) Erhard, Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963; zit. nach Habermann (Hg.) 2005, 94. Aus diesen »modernitätsaversen« Mentalitätslagen sollte sich später auch Erhards gleichermaßen antiparlamentarisches wie antipluralistisches (und von dem im Wirtschaftsministerium arbeitenden Carl Schmitt-Schüler Rüdiger Altmann vorgedachtes) Leitbild der »Formierten Gesellschaft« speisen, von dem er sich – freilich ausbleibende – Sympathieschübe für die Bundestagswahl von 1965 erhoffte. Pointiert notiert Volker Hentschel zu Erhards Rede auf dem CDU-Parteitag von 1965, in der dieser neue Leitbegriff erstmals Verwendung fand, dass mit diesem »unklaren Gedanken« keinerlei Vorstellung verbunden war, »wie die institutionelle Neuordnung, die der formierten Gesellschaft vorausgesetzt war und 150 Jahre politisch-soziale Entwicklung negierte, zu bewerkstelligen wäre«. Und zur Reaktion der Zuhörer merkt er an: »Die Wohlmeinenden vermuteten Tiefe dort, wo sie Konkretheit vermissten. Die weniger Wohlmeinenden mokierten sich über krausen Wortbombast« (Hentschel 1996, 562). Zur Rolle und Funktion der Rede von der »Formierten Gesellschaft« vgl. auch Fischer 2006, 133-154.

den Jahren zuvor immer wieder publikumswirksam vorgetragene Befürchtung, dass es »um die Soziale Marktwirtschaft geschehen« sei, wenn er in diesem Kampf zurückweiche, sollte damit Anfang 1958 zur bitteren Realität werden.

Ähnlich dramatisch – und ähnlich erfolglos – gestaltete sich auch Erhards Kampf gegen die von Adenauer in seiner Regierungserklärung von 1953 angekündigte »umfassende Sozialreform« und die nach langen und quälenden Verzögerungen im Januar 1957 ratifizierte Einführung der dynamischen Rente. Mit diesem Gesetz, das sich erstmals am Prinzip der Lebensstandardsicherung orientierte und die Rentenhöhe an die Entwicklung der Löhne koppelte, war für ihn der verhängnisvolle Weg in den »modernen Wahn des Versorgungsstaates« (vgl. 1957, 256-274) eingeschlagen, wobei er zwischen einem steuerfinanzierten Sozialleistungsstaat und einem beitragsfinanzierten Sozialversicherungsstaat keine substantiellen Unterschiede ausmachen wollte.²³ Er sei, so erklärt er, »allenthalben erschrocken, wie übermächtig der Ruf nach kollektiver Sicherheit im sozialen Bereich« (1957, 259) in letzter Zeit erschalle. Wenn man aber mit staatlicher Sozialpolitik die Menschen »in einer absoluten Weise gegen die Wechselfälle des Lebens« schützen wolle, dann könne man von solchen Menschen »einfach nicht mehr verlangen, dass sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist« (1957, 257).

Von daher müsse man anerkennen, »dass wirtschaftlicher Fortschritt und leistungsmäßig fundierter Wohlstand mit einem System kollektiver Sicherheit unvereinbar sind« (1957, 260). Die Forderung dürfe, so Erhard, nicht lauten:

›Du, Staat, komm mir zu Hilfe, schütze mich und helfe mir‹, sondern umgekehrt: ›Kümmere du, Staat, dich nicht um meine Angelegenheiten, sondern gib mir so viel Freiheit und mir von dem Ertrag meiner Arbeit soviel, dass ich meine Existenz, mein Schicksal und dasjenige meiner Familie selber zu gestalten in der Lage bin‹ (1957, 262).

Statt aber den Weg zu einer solchen Kultur der Eigenverantwortung einzuschlagen, sieht Erhard die Bundesrepublik »in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche

(23) »Es ist ein Irrtum zu glauben – wie es manchmal geschieht –, daß der Weg zum Versorgungsstaat nur dann beschritten wäre, wenn die kollektive Sicherung ganz oder teilweise vom Staat aus allgemeinen Steuermitteln gewährt würde, und daß man ihm schon dadurch entrinnen könnte, indem man zwar einen totalen Versicherungszwang schafft, die Leistungen aber aus Beitragsumlagen finanziert. Die auf Zwang beruhende allgemeine Volksversicherung – sei sie nun ein Topf oder nach Gruppen gegliedert – unterscheidet sich allenfalls gradweise, nicht aber prinzipiell von der allgemeinen Staatsbürgerversorgung« (Erhard 1956/1962, 305).

des andern hat. Das Prinzip heißt dann: Ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich!« (1957, 259).

Erhards von hehren ordoliberalen Grundsätzen getragener Kampf für die Einführung seiner Sozialen Marktwirtschaft wurde somit ausgebremst durch die pragmatisch-nüchterne Realpolitik seines Kanzlers Adenauer, der vor allem mit Blick auf die im Herbst 1957 stattfindende Bundestagswahl nicht auf die theoretischen Wohlstandsverheißungen liberaler Wirtschaftslehren, sondern auf eine unmittelbar »dirigistische« Sozialpolitik der Bekämpfung von Altersarmut setzte und damit einen unerwartet großen Wahlerfolg erzielen sollte. Aus ordoliberaler Sicht hat Adenauer mit den beiden großen Gesetzeswerken des Jahres 1957 die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland also de facto verhindert, auch wenn ihn dies in keiner Weise dazu veranlasste, in seiner politischen Rhetorik auf diese wohlklingende, von ihm aber mitunter auch skeptisch betrachtete Formel zu verzichten oder sie in irgendeiner Form semantisch zu modifizieren.²⁴ Viele Ordoliberales dürften über Adenauers pragmatisch-prinzipienlose Okkupation »ihres« Programmbegriffs jedenfalls bitter enttäuscht gewesen sein. Zumindest müssten ordoliberale Theoretiker, sofern ihnen keine politisch-strategischen Rücksichtnahmen im Wege stehen, konsequenterweise zu dem Urteil gelangen, dem seit der Adenauer-Ära etablierten bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Sozialmodell das Gütezeichen der Sozialen Marktwirtschaft absprechen zu müssen. Besonders deutlich artikuliert sich dieser – von ordoliberaler Seite zwar häufig zaghaft angedeutete, bis in die 1990er Jahre aber kaum klar und nachdrücklich ausgesprochene – »Gütesiegel-Entzug« in der im Jahr 2000 erschienenen Dissertation von Jan Hegner, dem damaligen Geschäftsführer der »Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft«. Zu Recht nämlich konstatiert Hegner in seiner dem Lebenswerk Alexander Rüstows gewidmeten Schrift, dass »die Realisierung des neoliberalen Ordnungsrahmens im umfassenden Sinne Rüstows gescheitert« sei, denn »die von den politischen Entscheidungsträgern bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik beanspruchten Interpretationsspielräume haben im Zeitverlauf den Wandel von der Sozialen Marktwirtschaft zum Sozialstaat ermöglicht« (Hegner 2000, 174).

(24) In welchem Ausmaß der Formel der Sozialen Marktwirtschaft offensichtlich schon damals – zumindest im politischen Selbstverständnis der CDU – zivilreligiöse Kraft zugewachsen war, sieht man daran, dass Adenauer am 25. November 1959 im Bundesvorstand seiner Partei im Hinblick auf die Lebensmittelpreise erklärte: »Nun sage ich sicher nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten. Aber ich würde ganz ruhig – ich hoffe, Sie sind einverstanden, wenn Sie nicht einverstanden sind, überhören Sie es – mit der [!] Sozialen Marktwirtschaft vertreten können, wenn der Bund auf irgendeine Weise plötzlich Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen auf den Markt wirft, damit dadurch ein allgemeiner Sturz eintritt. Das ist nach meiner Meinung durchaus korrekt und zu vertreten« (Adenauer 1959/1994, 574). Diesen Hinweis verdanke ich Dipl.-Theol. Jonas Hagedorn.

Und zum Abschluss seiner Studie notiert Hegner dann – ohne demokratiethoretische Skrupel und ganz in den Traditionen neo- bzw. ordoliberaler Plausibilitäten:

Es ist zu befürchten, dass einschneidende Maßnahmen zur Begrenzung des Wohlfahrtsstaates über einen parlamentarischen Kompromiß nicht zu erreichen sind. Diese Vermutung stützt sich auf die Feststellung Ludwig Erhards, dass die Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 nicht so nachhaltig und erfolgreich verlaufen wäre, wenn sie statt auf dem Verordnungswege auf dem des parlamentarischen Prozesses, einschließlich seiner politischen Kompromisse, geboren worden wäre (ebd., 176).²⁵

⇒ 4 »Gelenkte Marktwirtschaft« statt »neoliberaler Utopie«.

Was Oswald von Nell-Breuning von einer »sozialen Marktwirtschaft« erwartete

Der Frankfurter Jesuit Oswald von Nell-Breuning, der heute als »Nestor der Katholischen Soziallehre« gilt und ohne Frage der wichtigste Repräsentant der katholischen Sozialtradition in der frühen Bundesrepublik war, hat Zeit seines Lebens keinen Hehl daraus gemacht, dass er die ordoliberale Konzeption Sozialer Marktwirtschaft mit grundlegenden Überzeugungen der Katholischen Soziallehre für unvereinbar hielt. Noch in den 1980er Jahren sollte er unter explizitem Bezug auf Müller-Armack anmerken, dass sich der soziale Gehalt dieser Sozialen Marktwirtschaft »als reichlich mager« (1986/1990, 233) erwiesen habe.²⁶

(25) Hegner verweist hier auf eine Passage aus dem Vorwort der 1962 erschienenen Zusammenstellung von Erhard-Texten, in der der damalige Vizekanzler u.a. erklärte: »Nur mit einer gewissen Scheu wage ich, die Frage zu stellen, ob es in einem parlamentarisch-demokratischen System möglich oder auch nur denkbar gewesen wäre, eine in das gesellschaftliche und soziale Leben so tief einschneidende Maßnahme, wie es die Währungsreform 1948 war, zu vollziehen. Meine tief wurzelnde demokratische Haltung und Gesinnung wehrt sich wohl dagegen, jene Frage schlüssig zu beantworten, aber ich würde unehrlich sein, wenn ich meine Zweifel unterdrücken wollte. Ja, nach allem, was ich in der Folgezeit erlebte, bin ich dessen fast gewiß, daß wir nicht zur Bewahrung der Freiheit hätten durchstoßen können, wenn die Lösung in einem Kompromiß hätte gefunden werden müssen« (Erhard 1962, 8).

(26) Dieser 1986 in der Reihe »Arbeiterfragen« erschienene Text ist weitgehend identisch mit einem Vortrag, den Nell-Breuning 1975 im Rahmen der Hessischen Hochschulwoche zum Thema »Staat und moderne Gesellschaft« unter dem Titel »Rolle und Aufgabe des Staates im Konzept der sozialen Marktwirtschaft« gehalten hatte (vgl. Hessisches Landespersonalamt Wiesbaden (Hg.), Staat und moderne Marktwirtschaft (Hess. Hochschulwochen für staatswissenschaftliche Fortbildung, Bd. 80), 17-32).

Seit den 1950er Jahren betonte Nell-Breuning, der gerne von der »so genannten sozialen Marktwirtschaft« sprach, dass die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik »den Beinamen ›sozial‹ vorerst noch auf Kredit« (1955, 109) führe. Zwar seien in den letzten Jahren »sozial erfreuliche Auswirkungen« im Hinblick auf »eine bessere Versorgungslage« und »ein höheres Beschäftigungs- und Produktionsvolumen« zu konstatieren; allerdings bedeute dies

– vielleicht von dem beschränkten, aber immerhin wichtigen, jedoch bisher noch nicht marktwirtschaftlich verfaßten Bereich des Wohnungsbaus abgesehen – noch *keine* Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaft selbst als Instrument für bewußte Gestaltung unseres menschlichen Zusammenlebens;

ein Umstand, der ursächlich zurückzuführen sei auf »den Einfluß der neoliberalen Konzeption auf unsere Wirtschaftspolitik« (1955, 110; Herv. i. O.).

Ohnehin gebe es immer wieder Missverständnisse, ob der wohlklingende Name der »Sozialen Marktwirtschaft« nun das wirtschafts- und sozialpolitische Theorieprogramm der Neo- bzw. Ordoliberalen oder die Realität dessen bezeichnen solle, was »in Deutschland seit 1948 praktiziert und offiziell als ›soziale Marktwirtschaft‹ etikettiert wurde«²⁷, auch wenn diese Wirtschaftsordnung und die sie begleitende Wirtschaftspolitik de facto alles andere »als stilreine Marktwirtschaft« seien. Es handle sich hier vielmehr um »eine Wirtschaft, in der freiheitlich-verkehrswirtschaftliche und zentralverwaltungswirtschaftliche Momente zum guten Teil unsystematisch nebeneinander bestanden und miteinander vermengt waren«; und ihr stand eine Wirtschaftspolitik zur Seite, »die von sechs oder sieben Instanzen nach zum Teil einander widersprechenden Konzepten betrieben wurde«. Gerade diese unsaubere und den klaren Doktrinen der marktwirtschaftlichen Theorie so wenig entsprechende Mischform hätte in den letzten Jahren aber »trotz all dieser Schönheitsfehler und sachlichen Schwierigkeiten Bewundernswürdiges geleistet und damit bewiesen ..., daß sie solches zu leisten imstande ist« (1955, 108).

Ähnlich notiert er an anderer Stelle: »Die Wirtschaftsverfassung un-

(27) So macht Nell-Breuning darauf aufmerksam, dass der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums in seinem Gutachten vom 24. September 1950 erklärt habe: »Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört eine befriedigende Einkommens- und Vermögensverteilung. Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen diesem Erfordernis Rechnung tragen«; wobei nicht nur für Nell-Breuning, sondern für die katholische Sozialtradition der 1950 Jahre insgesamt klar war, dass insbesondere die Vermögensverteilung der Bundesrepublik in keiner Weise als »befriedigend« oder gar als »gerecht« zu bezeichnen sei. Nell-Breuning erklärt denn auch gegen die neo- bzw. ordoliberalen Interpretationen der Sozialen Marktwirtschaft: »Mit einer Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in dem letzterwähnten Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats verstanden wird, kann die katholische Soziallehre sich gerne einverstanden erklären.« (1956/1960, 102).

serer Bundesrepublik ist denkbar uneinheitlich Trotzdem funktioniert sie. Von einem ihr innewohnenden Trend zum totalen Staat ist nicht das geringste zu verspüren« (1954a, 9).²⁸

Von daher weist Nell-Breuning die neo- bzw. ordoliberalen Verurteilung sämtlicher »Mischformen« und die an Ludwig von Mises angelehnte Behauptung, solche Formen würden »mit innerer Zwangsläufigkeit zum autoritär-totalitären Staat« führen, scharf zurück: sie werde »auch dadurch nicht wahrer, daß sie – nach Göbbels'scher Methode – so oft und so lange wiederholt wird, bis man schließlich müde wird, ihr noch weiter zu opponieren« (1954a, 5). Nell-Breuning moniert in diesem Zusammenhang, dass die Vertreter des Ordoliberalismus die Struktur dieser »uneinheitlichen Wirtschaftsverfassung« zwar als zu wenig marktwirtschaftlich kritisieren, ihre Erfolge aber dennoch gerne der Funktionslogik der Marktwirtschaft zuschreiben. Denn auch wenn »der ›Sprung‹ in die Marktwirtschaft und die fortschreitende Einführung marktwirtschaftlicher Momente für diesen Erfolg von entscheidender Bedeutung« gewesen seien, so sei dies noch keineswegs »ein Erfahrungsbeweis für die Überlegenheit der ›Marktwirtschaft‹« (1955, 107, Herv. i. O.) schlechthin. Nell-Breuning ist vielmehr davon überzeugt, dass sich »das unbestrittenermaßen großartige Werk des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft nach dem Zusammenbruch von 1945« nicht so sehr dem »Schönwetterphänomen«²⁹ der Marktwirtschaft verdanke, sondern vor allem »der Großzügigkeit, mit der die praktische Wirtschaftspolitik mit voller Zustimmung ihrer wissenschaftlichen Berater sich über die ›reine öko-

(28) Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Nell-Breuning umgekehrt im ordoliberalen Ordnungsentwurf durchaus die Gefahr eines Hang zum Totalitären erkennt und anmerkt: »zum mindesten möchte man wissen, ob die zur Sicherung eines freien und geordneten Wettbewerbs vorgesehenen Maßnahmen nicht bloß eine andere Form des Dirigismus sind oder doch die ernstzunehmende Gefahr in sich bergen, in einen – von den Urhebern der SM [Sozialen Marktwirtschaft] zweifellos mit Abscheu zurückgewiesenen – Dirigismus umzuschlagen. Die Verfechter einer »Berufsständischen Ordnung« müssen sich dieser Frage stellen; auch die Vorkämpfer der SM dürfen sich ihr nicht entziehen.« (1958, 148).

(29) »Wenn ich sage, die Marktwirtschaft sei Schönwetterwirtschaft, so schließt diese Aussage das Anerkenntnis ein: die Marktwirtschaft ist hervorragend dazu angetan, schon vorhandenes schönes Wetter weiter zu verschönern und beständig zu machen. Aber ein mindester Grad von Schönwetter ist Voraussetzung; Windstärken zu trotzen, die sich zum Sturm, zum Orkan steigern, dazu ist die Marktwirtschaft nicht geschaffen; dazu braucht es robustere Strukturen« (1955, 105f.). Nell-Breuning betont in diesem Zusammenhang: »Wir haben die Marktwirtschaft eingeführt in dem Augenblick, und in dem Maße, wie das Schönwetter sich ankündigte und heraufzog« (ebd., 105).

nomische Lehre« hinweggesetzt« (1986/1990, 236) habe.³⁰

Wenn man also die real existierende bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialordnung als »soziale Marktwirtschaft« bezeichnen wolle,³¹ dann seien die konkret erzielten Erfolge – anders als ihre »theoretische Begleitmusik« – durchaus anzuerkennen: »Der Praxis mein Kompliment, aber die ›Theorie‹ paßt erstens nicht dazu, und zweitens wäre auch grundsätzlich manches an ihr zu bemängeln« (1955, 108).³² Für die Katholische Soziallehre sei nämlich die Vorstellung zentral, »die Wirtschaft so zu lenken, daß sowohl ihr Ablauf als auch ihre Ergebnisse sozial befriedigend sind« (1956/1960, 100). Und dies bedeute:

Die Wirtschaft hat dem Menschen ein Leben in menschlicher Würde zu ermöglichen und zu sichern; dazu gehört, daß sie den Menschen gut und reichlich versorgt, nicht aber, daß der Mensch zum Diener der größtmöglichen Reichtumsvermehrung gemacht wird. Im *Vollzug* der Wirtschaft die Menschenwürde zu achten ist wichtiger, als seine Versorgung mit Unterhaltungsmitteln auf das Höchstmaß zu steigern. (1956/1960, 100f.; Herv. i.O.).

Im Blick auf diese normative Zielsetzung, aber auch im Blick auf ihre schlichte empirische Treffsicherheit, seien gegen die »neoliberale und ordoliberalen Begründung und Deutung der Sozialen Marktwirtschaft« aus der Sicht der Katholischen Soziallehre aber »ernste, ganz grundsätzliche Einwendungen zu erheben« (1956/1960, 102).

Der Neoliberalismus, der heute »die große Mode in der Wirtschaftspolitik« (1954b, 7) geworden sei »und sich selbst als den er-

(30) So habe sich etwa Walter Eucken, das unbestrittene Haupt der ordoliberalen »Freiburger Schule«, in den Beratungen des Beirats der »Verwaltung für Wirtschaft«, der Vorläuferin des Bundeswirtschaftsministeriums, im Jahr 1948, als der »Sprung in die Marktwirtschaft« vollzogen werden sollte, mit Nachdruck einem Vorschlag widersetzt, »der mit Berufung auf marktwirtschaftliche Prinzipien ein lebenswichtiges Bedarfsgut seiner Meinung nach verfrüht aus Bewirtschaftung und Preisbildung entlassen wollte. Ich sehe Eucken noch vor mir, wie er erregt den Redner mit dem Zwischenruf unterbrach: ›Ja, wenn Sie 20 Millionen Menschen zugrunde gehen lassen wollen!‹ Die Theoreme Euckenscher Bücher mögen anders lauten; dies war der wirkliche, der lebendige Eucken, der Mensch Eucken mit seinem gesunden Menschenverstand und seinem menschlichen Ethos!« (1955, 104).

(31) Wohl zu Unrecht mutmaßt Nell-Breuning – in seinem Beitrag zu einer Tagung zum Thema »Der Christ und die soziale Marktwirtschaft«, die Ende 1954 im Beisein von Müller-Armack stattgefunden hatte – dass dieser, »wenn ich ihn recht verstehe, zu erkennen gegeben (hat), dass er unter sozialer Marktwirtschaft verstanden wissen wolle, was in Deutschland in diesen Jahren unter der Flagge ›soziale Marktwirtschaft‹ gesegelt ist« (1955, 109). Müller-Armack scheint gegen diese Zuschreibung dann auch Protest eingelegt zu haben. Jedenfalls findet sich im Tagungsband eine Fußnote, in der es heißt, Müller-Armack erkläre zu dieser Aussage: »Es ist keine Rede davon, dass ich sage, das faktisch Bestehende ist Soziale Marktwirtschaft. ... Die soziale Marktwirtschaft ist der Entwurf einer möglichen, bisher nur teilweise realisierten Konzeption. Vieles steht noch aus« (ebd.).

neuerten echten, abendländischen und christlichen Liberalismus vorstellt« (1954b, 8), beruhe nämlich auf Wertmustern und Denkmodellen, die mit der »Wirtschaft des wirklichen Lebens« (1950, 292) denkbar wenig zu tun haben und darüber hinaus weder der personalen Würde des Menschen noch dem sozialen Sachziel der Wirtschaft gerecht werden könnten. Auch wenn viele Neo- und Ordoliberaler persönlich zweifellos von einem hohen moralischen Ethos getragen würden und durchaus in der Lage seien, über den Schatten ihrer eigenen Theorie zu springen, so ändere dies nichts daran, dass »die neoliberale Lehre ... logisch zwingend das Ethos aus dem Bereich der Wirtschaft« ausschließe. Immerhin bleibe aber, so Nell-Breuning, die Hoffnung bestehen, dass bei den neo- bzw. ordoliberalen Theoretikern »zuletzt doch die von uns als neoliberale Utopie angesehene Doktrin sich geschlagen geben, d.h. sich so viel Berichtigung gefallen lassen« möge, »daß sie der ganzen Wirklichkeit, nicht bloß einer didaktisch nützlichen Abstraktion, vor allem aber dem Menschen in seinem ganzen Menschtum auch im wirtschaftlichen Lebensbereich Raum gibt« (1954b, 10).

Nicht ohne spöttischen Unterton gesteht Nell-Breuning den Neo- bzw. Ordoliberalen zu, dass das, was »die Theorie des vollständigen Wettbewerbs über das Spiel von Angebot und Nachfrage und sein Ergebnis im Rahmen dieses Denkmodells« aussage, »unanfechtbar richtig« sei (1950, 292). Allerdings seien die Menschen in der Realität weder bereit noch in der Lage, allzeit konsequent als »homines oeconomici zu handeln«. Vielmehr zeige die alltägliche Erfahrung: »keine Hausfrau überschaut auch nur den Wochenmarkt« (1950, 293), und »schon die günstige Lage eines kleinen Ladens an einer Straßenecke verleiht dessen Inhaber eine monopolähnliche Marktüberlegenheit für den Bereich der anschließenden Straßenzüge« (1950, 295). Vor allem aber sei heute anzuerkennen, »daß die Wirtschaft seit der Zeit, da die liberale Theorie begründet wurde, sich immer mehr von den Voraussetzungen dieser Theorie entfernt« (1950, 296) habe. Denn mit der zunehmenden Komplexität und Dichte »von Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung in einer Wirtschaft« (1950, 294) verliere das Ideal des vollständig überschaubaren Marktes, auf dem sich ökonomisch selbständige Produzenten und Konsumenten als Freie und Gleiche im Medium individuell-marktrationaler Tauschakte begegnen, endgültig die letzten Reste von Realitätsnähe. Nell-Breuning kann denn auch konstatieren:

(32) Zur »theoretischen Begleitmusik« notiert er treffend: »Sie orchestrierte ein nicht unerheblich anderes Spiel als dasjenige, das tatsächlich auf der Bühne unserer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik aufgeführt wurde« (1955, 108).

Es sieht so aus, als fasse die liberale Theorie überhaupt nur den Wettbewerb der aus dem kleinen Bürgertum kommenden (vom Handwerkertum aufsteigenden) Unternehmer ins Auge. Der Aufbau von Großunternehmen auf der Grundlage riesiger, aus der Feudalzeit stammender Vermögen ... liegt offenbar außerhalb ihres Blickfeldes.

Und vollends »unbegreiflich und unentschuldig« sei in diesem Zusammenhang, dass für die »Verfechter der liberalen Theorie« bis heute

der auf unselbständige Lohnarbeit angewiesene Mensch ... überhaupt nicht zur Wirtschaftsgesellschaft gezählt, nicht als Teilhaber an der Wirtschaft, als Träger und als Ziel allen wirtschaftlichen Geschehens anerkannt, sondern lediglich als Betriebsmittel der Wirtschaft, nicht als Subjekt, sondern als bloßes Objekt der Wirtschaft (1950, 298)

angesehen werde.

Von daher sei der Neo- bzw. Ordoliberalismus nicht nur wegen mangelnder empirischer Triftigkeit, sondern auch aufgrund fundamentaler normativer Defizite zurückzuweisen: man müsse ihn »nicht nur als lebensfremd, sondern als wesenswidrig ablehnen«. Das »mechanistisch-automatistische Modell des Neoliberalismus« (1954b, 9) könne nämlich keine Vorstellung einer politisch bewusst zu gestaltenden »Wirtschaftsgesellschaft« entwickeln. Vielmehr kennzeichne es die Gesellschaft als eine bloße Summe unverbundener Individuen mit ihren regellos-zufälligen Tauschakten, aus denen sich dann – ähnlich wie bei den stochastischen Gesetzmäßigkeiten der Verteilung von Gasmolekülen – anonyme Marktgesetze ergeben, die unerbittlich auf die Einzelnen einwirken und denen diese sich blind zu beugen haben (vgl. 1954b, 9f.). Die liberale Wirtschaftstheorie betrachte den Menschen – und dies gelte praktisch für »die gesamte theoretische Nationalökonomie« – wie »eine elektronische Rechenmaschine«:

Ein diesem homunculus oder Roboter eingebauter Mechanismus würde in jedem Augenblick ausrechnen und anzeigen, welche Verhaltensweise eben jetzt rationell ist, und diese Verhaltensweise ebenso vollautomatisch einschalten, wie die neuesten Getriebe ... dem Kraftfahrer das Schalten abnehmen und automatisch die jeweils rationellste Übersetzungsstufe und Treibstoffzufuhr einregulieren. (1955, 121)

In der Logik des Marktwettbewerbs und seiner ihm anonym-immanent einwohnenden wohlstandsschaffenden Kraft könne »keine Rede

davon« sein, dass der einzelne Mensch – wenn man ihn nicht auf einen solchen Roboter reduzieren will – wirklich

in eigener freier Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu jeder Zeit und jeder Stunde darüber entschiede, welche Wertmaßstäbe für ihn maßgeblich oder verbindlich sind, um danach sich seine Ziele zu setzen und die Wahl seiner Mittel zu treffen (ebd).

Diese gleichermaßen empirisch wie normativ angelegte Fundamentalkritik am Ordoliberalismus sollte Nell-Breuning im Kern Zeit seines Lebens beibehalten, auch wenn er in seinen späteren Texten im Ton deutlich konzilianter auftrat. So betonte er im Jahr 1975, als er um einen Festschrift-Beitrag zum 80. Geburtstag von Franz Böhm, dem damals politisch vielleicht einflussreichsten Repräsentanten der »Freiburger Schule« gebeten wurde, zahlreiche Annäherungen und Gemeinsamkeiten, die in den letzten Jahren deutlicher als früher zum Ausdruck gekommen seien. Aber auch hier bleibt er dabei, dass sich die Katholische Soziallehre nicht der Marktwirtschaft als solcher, wohl aber ihrer »neoliberalen Apologie« weiterhin »unbedingt widersetzen« müsse. Zwar sei ohne jede Frage einzuräumen, dass in modernen Massengesellschaften – wie Nell-Breuning schon in den späten 1920er Jahren, als er mit der aristokratisch-feudalen Wiener Richtung des Sozialkatholizismus in schweren Konflikten lag und gemeinsam mit seinem Ordensbruder Gustav Gundlach erstmals die modernen Institute der Lohnarbeit, des Marktes und der »kapitalistischen Wirtschaftsweise« als »nicht in sich schlecht« legitimierte³³ – in vielen Fällen der Markt als »Ordnungsinstrument«, als »hervorragend wirksames Werkzeug« für die Bedarfsdeckung des Volkes besser und effizienter zu wirken vermöge als eine Zentralverwaltung. Sobald man den Markt aber zum »Ordnungsprinzip« erhebe, »muß die katholische Soziallehre widersprechen« (1975, 467; i.O. teilw. herv.). Und in dieser Hinsicht gelte nach wie vor:

Unbestreitbar liebt die ökonomische Theorie es, die Marktwirtschaft als dadurch charakterisiert zu beschreiben, dass die Marktteilnehmer aufgrund ihrer persönlichen Präferenzen auf die ihnen seitens des Marktes durch die Preise signalisierten Knappheitsverhältnisse *reagieren*. Auf diese Weise werden die Marktteilnehmer entpersönlicht, das anonyme Abstraktum »Markt« dagegen hypostasiert. Den didaktischen Wert solcher Modelle wird kein vernünftiger Vertreter der katholischen Soziallehre bestreiten. Nur erliegen, wie die Erfahrung lehrt, allzuoft nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrmeister selbst der Gefahr, den Abstraktionsgrad, auf dem diese Überlegungen sich bewegen, und die Realitätsferne oder richtiger die Realitätswidrigkeit der gemachten

Voraussetzungen zu verkennen oder zu vergessen und sich der am Modell gewonnenen Erkenntnisse nicht als *Instrumente* zur Analyse der viel komplexeren Wirklichkeit zu bedienen, sondern sie als deren Beschreibung, als Aussagen über die Wirklichkeit anzusehen und darauf ihre Schlussfolgerungen aufzubauen; das und nur das ist es, womit die katholische Soziallehre sich schlechterdings nicht abfinden kann. (1975, 462; Herv. i. O.).

Von daher bestehe »der eigentliche Stein des Anstoßes« (1975, 462) nach wie vor darin, dass der Neoliberalismus die menschliche Person – aller Rede von Freiheit und privater Autonomie zum Trotz – nicht als moralisch selbstbestimmtes Subjekt zum Zuge kommen lassen könne und wolle. Privatautonomie meine aber grundsätzlich mehr und anderes als nur

auf Marktsignale hin wie ein Automat reagierend das (zu) tun, was diese Signale als ökonomisch rational signalisieren. Das wäre kein freies und selbstverantwortliches Handeln, sondern »ökonomischer Determinismus«. Privatautonomie heißt vielmehr, die rechtliche Freiheit besitzen und von ihr Gebrauch machen, aktiv und initiativ zu sein, dabei gewiß auch die Marktsignale beachten, jedoch ohne sich an sie zu versklaven, vielmehr, wenn metaökonomische Gründe dafür sprechen, es empfehlen oder gar gebieten, auch bewußt und gewollt marktinkonsistent zu handeln, vom dem, was im Dienst der Knappheitsüberwindung rational wäre, abzuweichen – um den Preis wissend, den es kostet, und bereit, ihn zu zahlen. (1975, 465; Herv.i.O.).

Vor diesem Hintergrund habe die liberale ökonomische Theorie endlich anzuerkennen, dass »die idealtypische Marktwirtschaft, in der ... es gar nicht ausbleiben kann, dass das Maximum der – wohlverstanden: mit ihrer Kaufkraft gewichteten! – Präferenzen realisiert wird«, mit den Realitäten des wirtschaftlichen Lebens wenig gemein hat:

diese ›beste aller Welten‹ *gibt es nicht*. Leider aber ist dies die *vulgäre*, immer wieder begegnende und ... im Grunde gar nicht neoliberale, sondern paläoliberaler Apologie der Marktwirtschaft. Soweit der Neoliberalismus

(33) Vgl. dazu etwa Nell-Breuning 1929. Die theoretischen Durchbrüche zur prinzipiellen Anerkennung der industriegesellschaftlich-kapitalistischen Moderne, die Nell-Breuning in den 1920er Jahren gemeinsam mit Gustav Gundlach entwickelte, sollten bereits die vom damaligen Kölner Erzbischof erlassenen »Kölner Richtlinien zur sozialen Verständigung« (1926) und später dann die Sozialenzyklika »Quadragesimo anno« von Papst Pius XI. (1931) entscheidend prägen.

sich mit dieser Apologie identifiziert, kann die katholische Soziallehre nicht anders, als sich unbedingt widersetzen – nicht der Marktwirtschaft, sondern dieser Apologie (1975, 464; Herv. i. O.).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Nell-Breuning in einem Text aus den 1980er Jahren noch einmal explizit und ausführlich auf Müller-Armack zu sprechen kommt. Zum wiederholten Male merkt er hier an, dass das Epitheton »sozial« für das wirtschafts- und sozialpolitische Ideengebäude, dem »Alfred Müller-Armack den beispiellos werbewirksam gewordenen Namen ›soziale Marktwirtschaft« gegeben habe »nicht viel mehr als ein schmückendes Beiwort« (1986/1990, 222-224) sei. Er notiert hier, dass er selbst »zwar überzeugter und entschiedener Anhänger der Verkehrs- oder Marktwirtschaft« sei, und – was Müller-Armack angehe –

noch in Übereinstimmung mit ihm und mit den Neoliberalen überhaupt den Wettbewerb für ein überaus nützliches Ordnungsinstrument halte; dann aber gehen die Meinungen auseinander; im Gegensatz zu Müller-Armack und den Neoliberalen kann ich den Wettbewerb, auch den noch so geschickt institutionalisierten Wettbewerb, nicht als ausreichendes Instrument und noch weniger als Ordnungsprinzip der Wirtschaft ansehen; der Wettbewerb allein reicht nicht aus, damit die Wirtschaft auch nur einigermaßen reibungslos funktioniert, noch viel weniger, um den sozial befriedigenden Vollzug und ein sozial gerechtes Ergebnis der Wirtschaft zu gewährleisten (1986/1990, 236).

Im Blick auf die gesuchte »sozial befriedigende« und »sozial gerechte« Wirtschaftsordnung versucht Nell-Breuning, auch semantisch Abstand zur Müller-Armackschen Begriffsverwendung zu finden, ohne freilich einen ähnlich »werbewirksamen« Alternativnamen anbieten zu können. Anders als Müller-Armack unterscheidet er nicht zwischen »rein liberaler und sozialer«, sondern zwischen »freier und gelenkter«, d.h. »mit sozialer Zielsetzung gelenkter Marktwirtschaft«, denn nur letztere könne den Anspruch erheben, als »eine einleuchtende Erklärung des zunächst befremdlich anmutenden Namens ›soziale Marktwirtschaft« (1986/1990, 223) zu gelten.³⁴ Beim

(34) Begriffspolitisch bleibt Nell-Breuning hier freilich rein defensiv, denn mit seinem – inhaltlich so ganz anders gemeinten, sprachlich aber fast identischen – Topos der »mit sozialer Zielsetzung gelenkten Marktwirtschaft« reproduziert er im Grunde nur die Müller-Armacksche Erfolgsformel von der »bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft« und braucht sich von daher nicht zu wundern, wenn er damit wenig öffentliche Resonanz erzielte.

Müller-Armack der 1940er und 1950er Jahre³⁵ sei aber »von Lenkung der Wirtschaft auf ein sozial begrüßenswertes Ziel hin, von Randbedingungen oder einem Datenkranz, die gesetzt werden sollten, um die Wirtschaft auf dieses Ziel hin zu lenken, ... mit keinem Wort die Rede« (1986/1990, 226).

Vielmehr erschöpfe sich das Soziale bei Müller-Armack »in dem gewiß begrüßenswerten allgemeinen Wohlstand und in den sogenannten ›Sozial-Leistungen«, wobei allerdings »die ursprüngliche Einkommensverteilung ... so, wie die Marktkräfte sie herbeiführen, unangetastet bleiben« solle. »Ein anderes Spiel der Marktkräfte in Gang zu bringen oder dieses Spiel in eine andere Richtung zu lenken, woraus sich von vorn herein eine sozial gerechtere Einkommens-(und Vermögens-)Verteilung ergeben würde, daran ist überhaupt nicht gedacht.«

In diesem Sinne konstatiert Nell-Breuning bitter:

In der Sprache des Grundgesetzes läßt sich das so ausdrücken: das neoliberale Konkurrenzprinzip genügt, um das Sozialstaatsprinzip sozusagen automatisch zu vollziehen; was das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes abstrakt und formal postuliert, wird durch das Konkurrenzprinzip praktisch und konkret realisiert. (1986/1990, 227).

Und weiter:

In ihrer Selbstüberschätzung glaubt die soziale Marktwirtschaft mit ihrem Koordinierungsprinzip Wettbewerb alle Aufgaben gelöst zu haben; richtiger wäre vielleicht zu sagen, in ihrer Kurzsichtigkeit sehe sie diese Aufgaben überhaupt nicht. (1986/1990, 234).

Wenn man nämlich ernsthaft versuchen wolle, »die neoliberal konzipierte soziale Marktwirtschaft« zu verwirklichen, dann müsse man eine »reine private Erwerbswirtschaft« (1986/1990, 232) errichten; und »ob dies ernsthaft möglich ist, sei dahingestellt; auf jeden Fall ist es – von eng begrenzten Ausnahmefällen abgesehen – wirklichkeitsfremd« (1986/1990, 231). Deswegen konstatiert Nell-Breuning gegenüber den »modelltheoretischen Vorstellungen des Neo-

(35) Zu Müller-Armacks »Zweiter Phase der Sozialen Marktwirtschaft« äußert sich Nell-Breuning in diesem Text nicht näher. Allerdings lässt er deutliche Sympathien für den dort angekündigten Programmwechsel zur bewussten »Gesellschaftspolitik« erkennen, ohne kritisch auf deren vormodern-antiliberalen Tiefendimensionen aufmerksam zu werden. Ohne Frage gibt es hier zwischen den moralisch-kulturellen Mentalitätslagen der katholischen Sozialtradition und den zivilisations- und modernitätskritischen Wert- und Kulturanrufungen deutscher Ordoliberaler zahlreiche Affinitäten, aber wohl auch spezifische Unterschiede, die es im Blick auf die »religiöse Tiefengrammatik« des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells noch näher zu untersuchen gilt.

liberalismus« pragmatisch-nüchtern:

Wir bleiben beim Tatsächlichen und stellen fest, daß es in jeder höher entwickelten Wirtschaft – erst recht, wenn sie den Anspruch erhebt, in welchem Sinne auch immer ›sozial‹ zu sein, eine Vielzahl von Gütern gibt und geben muß, die über den Markt nicht abgesetzt und daher auch nicht für den Markt produziert, sondern nur von der öffentlichen Hand oder durch die öffentliche Hand beschafft und bereitgestellt werden können. (1986/1990, 232)

Denn »in einer Wirtschaft wie der unsrigen ist der Anteil des Staates (der Allgemeinheit, der öffentlichen Hand) aus zwingenden Gründen groß und nimmt aus ebenso zwingenden Gründen weiter zu.« Von daher sei »die im ganzen wettbewerblich geordnete Wirtschaft ... ein interessantes und didaktisch instruktives Modell – soviel sei den Neoliberalen bereitwillig zuzugeben« (1986/1990, 233); mehr aber auch nicht.

Ernsthaft könne man von einer »sozialen Marktwirtschaft«, so Nell-Breuning, nur dann sprechen, wenn man eine »gelenkte Marktwirtschaft« meine, in der die Lenkung nicht nur auf Wettbewerbsermöglichung, Wohlstandssteigerung und punktuelle Sozialleistungen zur Bekämpfung individueller Not ziele, sondern auch »Mißstände struktureller Art« (1986/1990, 228) angehen und die Wirtschaft insgesamt als einen Sozialprozess gestalten wolle, in dem sich »die Frage nach der Teilhabe« nicht nur auf das zu konsumierende Ergebnis des Wirtschaftens, sondern auch auf den »Vollzug der Wirtschaft« selbst richte. Denn schließlich sei dies »die eigentliche ›soziale Frage‹ der Wirtschaft« (1986/1990, 229). Der »Systemkritiker« Nell-Breuning moniert in diesem Zusammenhang, dass es für Müller-Armack »soziale Probleme im eigentlichen Sinne des Wortes« gar nicht gebe, denn die »sogenannten Sozialleistungen« dienten ja nicht »der Behebung sozialer (gesellschaftlicher) Mißstände, sondern unmittelbar persönlicher, individueller Notlagen«. Mit anderen Worten:

Nicht die kranke Gesellschaft, sondern der einzelne kranke Mensch erhält Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung; ›sozial‹ ist weder die Krankheit noch deren Behandlung, sondern einzig die Aufbringung der Mittel (1986/1990, 227).

Müller-Armacks Soziale Marktwirtschaft sehe »keinerlei Maßnahmen« vor, »funktionelle oder strukturelle Mängel unserer Gesellschaft abzustellen«. Und »ob gesellschaftliche oder wirtschaftliche Strukturen bestehen, die zur Folge haben, daß die einen immer reicher und die anderen zwar nicht immer ärmer werden, aber doch immer arm bleiben, kommt bei dieser Sicht der Dinge überhaupt nicht in den Blick« (1986/1990, 228).

Im expliziten Gegensatz zu Müller-Armack favorisiert Nell-Breuning also – so lässt sich abschließend festhalten – eine »gelenkte Marktwirtschaft«, die man »mit ein und denselben Lenkungsmitteln sowohl geradeaus als auch nach rechts oder links lenken« könne und die nur im Rahmen solcher Lenkungsmaßnahmen den Ehrentitel »soziale Marktwirtschaft« verdiene:

es sind ganz die gleichen Weichen, die man so und anders stellen kann. Ob man die Weichen geradeaus, nach rechts oder nach links stellt, das ist keine theoretische Streitfrage der ›reinen ökonomischen Lehre‹; das ist eine handfeste und verantwortungsschwere politische Entscheidung (1986/1990, 238).

⇒ 5 Jenseits »Sozialer Marktwirtschaft«. Ein Ausblick auf liegengebliebene Aufgaben der politisch-moralischen Selbstverständigung moderner Gesellschaften

Nachdem offensichtlich weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik eine tragfähige und zu einiger öffentlicher Relevanz gelangte normative Theorie des postliberalen *German type of social capitalism* entwickelt worden ist, sollten auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Selbstverständigungsdebatten der frühen Bundesrepublik ohne die Unterstützung einer solchen politischen Philosophie auskommen müssen. Statt eine den industrialisierten Massendemokratien angemessene Theorie moderner Gesellschaften in den Blick zu nehmen, reüssierte hier der unter neo- bzw. ordoliberaler Kuratel stehende semantische Neuling »Soziale Marktwirtschaft«. Dieser richtete den normativen Blick allerdings nicht auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen einer arbeitsteilig hochgradig ausdifferenzierten Gegenwartsgesellschaft, sondern auf die Wiederbelebung der Mentalitäts- und Lebenslagen eines längst obsolet gewordenen kleinbürgerlich-vorindustriellen Ordnunggefüges, ohne dass diese eigentümliche Rückwärts-Orientierung in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik nachdrücklich problematisiert worden wäre. Dabei ist unübersehbar, wie sehr die »Tiefengrammatik« der ordoliberalen Rede von der Sozialen Marktwirtschaft – zwar nicht immer offen hervortretend, aber doch deutlich wahrnehmbar – von religiös-moralischen Traditionen eines calvinistisch-pietistisch geprägten Sozialethos getragen wird, das sich in Motiven einer individuellen Bewährung durch Leistung und harte Arbeit sowie einer obrigkeitsskeptischen Orientierung an der sozialen Bindekraft von überschaubaren Kleingruppen und Nahräumen artikuliert, und wie sehr sich in diesem Rahmen nachhaltige Aversionen gegen »Kolossalkapitalismus« und »Großindustrie«, gegen »kollektivistische Sozialpolitik« und »bürokratisierte Sozialverwaltungen« aus-

prägen konnten. Hier dürfte eine zentrale Ursache dafür liegen, dass sich die wirtschafts- und sozialpolitische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik seit den späten 1950er, vor allem aber seit den 1970er Jahren für ordoliberales Denken und Empfinden – allen empirischen Gegenevidenzen zum Trotz – als eine moralisch zutiefst bedenkliche Verfallsgeschichte darstellt, in der man die Zukunftschancen Deutschlands in ökonomischer wie in moralischer Hinsicht widerstandslos dem »süßen Gift der sozialen Sicherheit« und dem »modernen Wahn des Versorgungsstaates« auszuliefern begann. Vergleichbare Aversionen gegenüber den Prinzipien von Wohlfahrtsstaatlichkeit und kollektiv organisierter sozialer Sicherheit haben sich in der stets weniger auf Freiheit und Individualität als auf Bindung und Einordnung beruhenden katholischen Sozialtradition Deutschlands offensichtlich nicht entwickelt. Zum einen hat man hier bis weit in die Nachkriegszeit hinein immer wieder an Mentalitäten und Traditionen ständisch-feudaler Ordnungsmuster anzuknüpfen versucht; vor allem aber hatte man seit dem späten 19. Jahrhundert »die soziale Frage« für sich entdeckt und in den Konfliktlagen der Bismarck-Ära – wenn auch zunächst ungewollt – eine erhebliche Wohlfahrtsstaatsproduktivität entwickelt, die dem Katholizismus im 20. Jahrhundert eine unerwartet hohe wirtschafts- und sozialpolitische Relevanz bescheren sollte (vgl. Große Kracht 2009). Der seit dem späten 19. Jahrhundert einsetzende Übergang vom liberalen zum organisierten Kapitalismus, von der »individualistischen« zur »sozialen« Phase der modernen Gesellschaftsentwicklung, konnte in der katholischen Tradition nicht als Verlust bedauert, sondern nur als Fortschritt begrüßt werden. Von daher kam es im preußischen Kaiserreich seit den 1880er Jahren zu beträchtlichen moralisch-mental und politisch-praktischen Annäherungen zwischen obrigkeitlichen Soziallutheranern und ultramontanen Sozialkatholiken;³⁶ mit der Folge, dass sich seit dem späten Kaiserreich und dann vor allem in der Weimarer Republik – anders als in den *market economies* des anglo-amerikanischen Kulturraums und den sozialdemokratischen *welfare states* Skandinaviens – wirtschafts- und sozialpolitisch ein korporatistisches Ordnungsmuster entwickelte, das sich ohne den prägenden Einfluss der katholischen Zentrumsparterie in dieser Form nicht hätte festsetzen können. Es kennzeichnet sich bekanntlich durch jenen spezifisch deutschen – und bis heute namenlosen – Institutionen-Mix aus korporativer Marktwirtschaft mit starken Staatsanteilen, aus Tarifautonomie und Mitbestimmung, aus institutionell eingebetteten konfessionellen Wohlfahrtsverbänden und öffentlich-rechtlich organisierten Sozialversicherungen, der nach dem Krieg in der Ära Adenauer – allen Klagen und Protesten ordoliberaler Provenienz zum Trotz – erneut zu Zuge kam und erfolgreich weitergeführt wurde, wobei er sich jahrzehntelang einer verlässlichen katholischen Unterstützungsbereitschaft sicher sein konnte.

Programmatisch verweist das korporatistische wirtschafts- und sozialpolitische Arrangement des *German social capitalism* auf ein postliberales und »jenseits von Markt und Staat« angesiedeltes Normativitätsprofil, für das sich in den politisch-moralischen Selbstverständigungsdebatten der Republik bis heute kaum angemessene Programmbegriffe finden lassen. Der immer wieder unternommene Rekurs auf die Semantik der Sozialen Marktwirtschaft ist hier ebenso unzutreffend wie irreführend. Katholischerseits hat dies kaum jemand so deutlich artikuliert wie Oswald von Nell-Breuning, auch wenn er selbst keine ernsthaften Versuche unternommen hat, ihr einen tragfähigen Alternativbegriff entgegenzusetzen, so dass auch der »Nestor« der Katholischen Soziallehre der ehrfurchts- und gehorsamsheischenden Kraft des zivilreligiösen Bekenntnisses zur Sozialen Marktwirtschaft in erheblichem Maße erlegen zu sein scheint. Jedenfalls ist es ihm nicht gelungen, für sein Konzept einer politisch zu lenkenden Gesellschaftsordnung, in der »das Soziale« mehr als »nur ein Oeconomicum« (Nell-Breuning 1986/1990, 228) ist, einen sympathieträchtigen Namen zu finden, der es mit Müller-Armacks Formel der Sozialen Marktwirtschaft aufnehmen könnte. Dennoch eröffnen sich im Anschluss an Nell-Breuning, der in der Tradition des ursprünglich aus der laizistischen französischen Soziologie und Philosophie der Jahrhundertwende stammenden und von Heinrich Pesch katholisch-naturrechtlich adaptierten solidaristischen Sozialphilosophie steht (vgl. Große Kracht 2007a), durchaus aussichtsreiche semantische Motive für ein neues postliberales Leitbild von Wirtschaft und Gesellschaft. Hier wäre z.B. der solidaristische Standard-Topos von den in hoch arbeitsteilig organisierten Fabrik- und Industriegesellschaften zwangsläufig zunehmenden Abhängigkeiten und Interdependenzen zu nennen, die dazu führten, dass heute niemand mehr »allein seines Glückes Schmied« sein könne, weil längst »alle in einem Boot sitzen, ob sie wollen oder nicht« (vgl. Nell-Breuning 1968, 17). Damit ließe sich etwa Erhards moralisierende Klage, dass im modernen Wohlfahrts-

(36) In politisch-praktischer Hinsicht sind hier die keineswegs konfliktfreien, dennoch aber produktiven Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und dem katholischen Zentrum zu nennen, die schließlich zur Einführung einer nicht etatistisch und »staatsomnipotent« angelegten, sondern auf Föderalismus und Selbstverwaltung beruhenden öffentlich-rechtlichen Arbeiterversicherung geführt haben – zu jenem Arrangement also, das man als »Bismarckianisch-katholischen Sozialversicherungsstaat« bezeichnen könnte. Auf theoretisch-doktrinärer Ebene könnte man hier exemplarisch auf die erheblichen Annäherungen und Affinitäten zwischen dem preußisch-protestantischen Lutheraner und Bismarck-Berater Adolph Wagner und dem ultramontanen Jesuiten Heinrich Pesch verwiesen, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein sozialphilosophisches »System des Solidarismus« als »dritten Weg jenseits von Liberalismus und Sozialismus« entwickelte und sich als dankbarer Schüler Wagners verstand. Auch Nell-Breuning gehörte in jungen Jahren zeitweilig zu Wagners aufmerksamen Hörern; vgl. dazu Große Kracht 2007b, bes. 70-74.

staat jeder nur noch »die Hand in der Tasche des Nachbarn« haben und nach dem Prinzip »Ich Sorge für die anderen und die anderen sorgen für mich« leben wolle (vgl. Erhard 1957, 259), soziologisch und normativ ins Positive wenden. Denn während sich Erhard und die Neoliberalen in den Plausibilitätsstrukturen einer sozialen Lebenswelt bewegen, in der jeder über eigene kleine Produktionsmittel verfügen sollte, mit denen er durch Fleiß, Anstrengung und Eigenverantwortung sein individuelles Glück machen könne und müsse, bietet eine solidaristische Sozialphilosophie die Möglichkeit, sich ohne moralische Aversionen auf den Boden komplexer gesellschaftlicher Interdependenzen zu stellen. Sie hat damit die Chance, nicht nur die philosophisch-normativen Freiheits- und Autonomiektionen des »vernunftseligen« 18. Jahrhunderts, sondern auch die soziologisch-deskriptiven Solidaritäts- und Interdependenzktionen des »industrialistischen« 19. Jahrhunderts zu lernen. Und sie kann so darauf beharren, dass man in den politischen Selbstverständigungsdebatten moderner Gegenwartsgesellschaften nicht länger mit den klassisch liberalen Entgegensetzungen von Freiheit und Bindung, von Individualität und Gemeinschaftlichkeit, von Eigenverantwortung und Solidarität arbeiten kann, weil das Normativitätsprofil und Komplexitätsniveau dieser Gesellschaften nun einmal postliberale Leitsemantiken in der politischen Philosophie zur Notwendigkeit macht. Der komplexe Sozialzusammenhang postliberaler Gesellschaften, die ihre Mitglieder – der berühmten Formulierung Emile Durkheims zufolge – »zu gleicher Zeit autonomer und abhängiger, persönlicher und solidarischer« machen (vgl. Durkheim 1893/1992, 82), steht jedenfalls, merkwürdig genug, noch immer ohne passenden Namen da.

Literatur

Adenauer, Konrad (1959/1994): Protokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 25. November 1959, in: Adenauer: »...um den Frieden zu gewinnen«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, bearb. v. G. Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf: Droste 1994, 523-577.

Dahrendorf, Ralf (2004): Wie sozial kann die Soziale Marktwirtschaft noch sein? Dritte Ludwig-Erhard-Lecture der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Berlin, 28. Oktober 2004. Download unter: http://archiv.insm.de/Downloads/Word-Dokumente/Pressemitteilungen_3_2004/Dahrendorf_Lecture_1.doc (Zugriff am 19.01.2010).

Dahrendorf, Ralf (2008): Keiner fragt, was mit den Managermillionen geschieht. Ralf Dahrendorf im Gespräch mit Patrick Bahners und Alexander Cammann (11.10.2008). Download unter: <http://lesesaal.faz.net/wehler/article.php?txtid=dahr> (Zugriff am 18.01.2010).

Dietzfelbinger, Daniel (1998): Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsstil. Alfred Müller-Armacks Lebenswerk, Gütersloh: Kaiser/Gütersloher Verlagshaus 1998.

Dietzfelbinger, Daniel (2000): Von der Religionssoziologie zur Sozialen Marktwirtschaft: Leben und Werk Alfred Müller-Armacks, in: Politische Studien, Heft 373, 51. Jahrgang, September/Oktober 2000, 83-99.

Durkheim, Emile (1893/1992): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Erhard, Ludwig (1957): Wohlstand für alle. Bearbeitet von Wolfram Langer, Düsseldorf: Econ.

Erhard, Ludwig (1946/1962): Freie Wirtschaft und Planwirtschaft (Die Neue Zeitung v. 23. 09. 1946), in: Erhard 1962, 19-22.

Erhard, Ludwig (1948/1962): Marktwirtschaft im Streit der Meinungen. Rede vor dem 2. Parteikongress der CDU der britischen Zone am 28. 08. 1948, in: Erhard 1962, 69-85.

Erhard, Ludwig (1955/1962): Die Ziele des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Rede in der Sitzung des Dt. Bundestages am 24.03.1955, in: Erhard 1962, 267-275.

Erhard, Ludwig (1956/1962): Selbstverantwortliche Vorsorge für die sozialen Lebensrisiken (Versicherungswirtschaft, Januar 1956), in: Erhard 1962, 302-306.

Erhard, Ludwig (1961/1962): Freiheit und Verantwortung. Ansprache auf dem 9. Bundestag des Evangelischen Arbeitskreises der CDU am 2. 06. 1961, in: Erhard 1962, 588-595.

Erhard, Ludwig (1962): Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Düsseldorf-Frankfurt: Econ-Knapp.

Fischer, Karsten (2006): Moralkommunikation der Macht. Politische Konstruktion sozialer Kohäsion im Wohlfahrtsstaat, Wiesbaden: VS.

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelische Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn-Hannover 1997.

Goldschmidt, Nils (2009): Die Geburt der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Geiste der Religion – Walter Eucken und das soziale Anliegen des Neoliberalismus, in: Michael S. ABländer/Peter Ulrich (Hg.), 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Illusion und Reinterpretation einer ordnungspolitischen Integrationsformel, Bern: Haupt 2009, 27-44.

Große Kracht, Hermann-Josef (2007a): Jenseits von Mitleid und Barmherzigkeit. Zur Karriere solidaristischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert, in: Gabriel, Karl (Hg.): Solidarität (Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, Bd. 48), Münster: Aschendorff, 13-38.

Große Kracht, Hermann-Josef (2007b): Zwischen Soziologie und Metaphysik. Zur Solidarismus-Konzeption von Heinrich Pesch SJ, in: Große Kracht, Hermann-Josef u.a. (Hg.): Das System des Solidarismus. Zur Auseinandersetzung mit dem Werk von Heinrich Pesch SJ, Berlin: Lit, 59-89.

Große Kracht, Hermann-Josef (2009): »...weder die Kirche allein, noch der Staat allein« – Zur ungewollten Wohlfahrtsstaatsproduktivität des sozialen Katholizismus in Deutschland, in: Bauerkämper, Arnd; Nautz, Jürgen (Hg.): Zwischen Fürsorge und Seelsorge. Christliche Kirchen in den europäischen Zivilgesellschaften seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt/New York: Campus, 131-153.

Habermann, Gerd (Hg.) 2005: Vision und Tat. Ein Ludwig-Erhard-Brevier freiheitlicher Politik, 2. Aufl., Bern: Ott.

Hegner, Jan (2000): Alexander Rüstow – Ordnungspolitische Konzeption und Einfluß auf das wirtschaftspolitische Leitbild der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart: Lucius und Lucius.

Hennecke, Hans Jörg (2005): Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Hentschel, Volker (1996): Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech: Olzog.

Hockerts, Hans Günter (1980): Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart: Klett-Cotta.

Kowitz, Rolf (1998): Alfred Müller-Armack: Wirtschaftspolitik als Berufung. Zur Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und dem politischen Wirken des Hochschullehrers, Köln: Deutscher Instituts-Verlag.

Manow, Philip (2001): Ordoliberalismus als ökonomische Ordnungstheologie, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 29 (2001) 2, 179-198.

Manow, Philip (2008): Deutschland: Die Soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss, in: Ders., Religion und Sozialstaat. Die konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsregime, Frankfurt/New York: Campus, 109-134.

Marx, Reinhard (2009): Geleitwort, in: Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Auf dem Weg aus der Krise. Beobachtungen und Orientierungen, Bonn, 5-14.

Merkel, Angela (2008): Rede auf der Festveranstaltung »60 Jahre Soziale Marktwirtschaft«, Berlin, 12.06.2008. Download unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/06/2008-06-12-rede-merkel-60-jahre-soziale-marktwirtschaft.html> (Zugriff am 19.01.2010).

Mierzejewski, Alfred C. (2006): Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biografie, München: Pantheon.

Mises, Ludwig v. (1929): Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdeologie, Jena: Gustav Fischer 1929.

Mooser, Josef (2005): Liberalismus und Gesellschaft nach 1945. Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus am Beispiel von Wilhelm Röpke, in: Hettling, Manfred; Ulrich, Bernd (Hg.): Bürgertum nach 1945, Hamburg: Hamburger Edition, 134-163.

Müller-Armack, Alfred (1944/1981a): Genealogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts (1944), in: Ders. 1981a, 46-244.

Müller-Armack, Alfred (1948a): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Zweite Aufl., Hamburg: Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik (auch in: Ders. 1966, 19-170).

Müller-Armack, Alfred (1948b): Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen, in: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 1, Godesberg, 125-154 (auch in: Ders. 1966, 171-199).

Müller-Armack (1948/1981a): Das Jahrhundert ohne Gott. Zur Kultursoziologie unserer Zeit (1948), in: Ders. 1981a, 371-512.

Müller-Armack, Alfred (1949): Soziale Irenik, Dezember 1949, maschinenschriftliches Exemplar (auch in: Ders. 1981a, 559-578).

Müller-Armack, Alfred (1955): Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Patrick Boarman (Hg.), Der Christ und die Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart: Kohlhammer, 75-99.

Müller-Armack (1956): Art. Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart/Tübingen: Fischer-Mohr, 390-392 (auch in: Ders. 1966, 243-249).

Müller-Armack, Alfred (1959/1966): Die Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung, in: Ders. 1966, 251-265.

Müller-Armack, Alfred (1960/1966): Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (1960), in: Ders. 1966, 267-291.

Müller-Armack, Alfred (1962/1966): Das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft (1962), in: Ders. 1966, 293-315

Müller-Armack, Alfred (1973/1981b): Die künftige Verfassung der Sozialen Marktwirtschaft (1973), in: Müller-Armack 1981b, 185-194.

Müller-Armack, Alfred (1977/1981b): Die fünf großen Themen der künftigen Wirtschaftspolitik (1977), in: Müller-Armack 1981b, 315-340.

Müller-Armack, Alfred (1981a): Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform. Dritte, unveränderte Aufl., Bern/Stuttgart: Haupt.

Müller-Armack, Alfred (1981b): Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte. Zweite, erweiterte Aufl., Bern-Stuttgart: Haupt.

Nell-Breuning, Oswald v. (1929): Kirche und Kapitalismus (Wirtschafts- und Sozialpolitische Flugschriften, Nr. 1), Mönchengladbach: Volksvereins-Verlag.

Nell-Breuning, Oswald v. (1950): Zur Kritik des wirtschaftlichen Liberalismus, in: Die neue Ordnung. Zeitschrift für Religion, Kultur, Gesellschaft 4 (1950) 4, 289-307.

Nell-Breuning, Oswald v. (1954a): Zum Streit um Markt- oder Planwirtschaft, in: Stimmen der Zeit 155, Bd. (1954/55), 1-10.

Nell-Breuning, Oswald v. (1954b): Zur Einführung, in: Schmid, Hans, Neoliberalismus und katholische Soziallehre. Eine Konfrontierung, Köln: Bund, 7-10.

Nell-Breuning, Oswald v. (1955): Neoliberalismus und katholische Soziallehre, in: Boarman, Patrick M.: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft, Stuttgart: Kohlhammer, 101-122.

Nell-Breuning, Oswald v. (1956/1960): Die soziale Marktwirtschaft im Urteil der katholischen Soziallehre. Sendung des Süddeutschen Rundfunks vom 5. Oktober 1956, in: Ders., Wirtschaft und Gesellschaft heute, III: Zeitfragen 1955-1959, Freiburg i. Br. 1960: Herder, 99-102.

Nell-Breuning, Oswald v. (1958): Soziale Marktwirtschaft (Umschau), in: Stimmen der Zeit, 162. Bd. (1957/58), 145-149.

Nell-Breuning, Oswald v. (1968): Baugesetze der Gesellschaft. Solidarität und Subsidiarität, Freiburg i. Br.: Herder.

Nell-Breuning, Oswald v. (1975): Können Neoliberalismus und katholische Soziallehre sich verständigen?, in: Sauer mann, Heinz; Mestmäcker, Ernst-Joachim (Hg.): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung (FS Franz Böhm), Tübingen: Mohr, 459-470.

Nell-Breuning, Oswald v. (1986/1990): Wie »sozial« ist die »Soziale Marktwirtschaft«?, in: Ders., Den Kapitalismus umbiegen. Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein Lesebuch (hg. v. Friedhelm Hengsbach SJ u.a.), Düsseldorf: Patmos, 222-238.

Nonhoff, Martin (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt »Soziale Marktwirtschaft«, Bielefeld: Transcript.

Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen: Leske und Budrich.

Roser, Traugott (1998): Protestantismus und Soziale Marktwirtschaft. Eine Studie am Beispiel Franz Böhms, Münster: Lit.

Rüstow, Alexander (1952/1963): Ortsbestimmung der Gegenwart. Vortrag, gehalten im Radio Bern am 26.10.1952, zit. nach Ders., Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1962, hg. von Hoch, Walter, Ludwigsburg: Martin Hoch 1963, 259-274.

Rüstow, Alexander (1958): Aktionsprogramm der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in: Böhm, Franz; Röpke, Wilhelm; Rüstow, Alexander (Hg.): Ein Jahrzehnt Sozialer Marktwirtschaft in Deutschland und seine Lehren (Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Heft 1), Köln 1958, 29-48.

Rüstow, Alexander (1959): Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, in: Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik. Vorträge und Diskussionen der zwölften Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft am 22. und 23. Januar 1959 in Bad Godesberg (Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll Nr. 12), Ludwigsburg: Martin Hoch, 11-21.

Schindelbeck, Dirk; Ilgen, Volker (1999): »Haste was, biste was!« Werbung für die soziale Marktwirtschaft, Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.

Sommer, Michael (2008): Erhards soziale Marktwirtschaft ist am Ende. Gastbeitrag in der Zeitung »Die Welt« vom 06.08.2008.

Download unter: <http://www.welt.de/welt-print/article2277690/Erhards-soziale-Marktwirtschaft-ist-am-Ende.html> (Zugriff am 20.01.2010).

Wengeler, Martin (1995): »Der alte Streit ›hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft‹ ist vorbei.« Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen, in: Stötzel, Georg; Ders.: Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/New York: de Gruyter, 35-91.

Wengeler, Martin (2005): Tiefensemantik – Argumentationsmuster – Soziales Wissen: Erweiterung oder Abkehr von begriffsgeschichtlicher Forschung?, in: Müller, Ernst (Hg.): Begriffsgeschichte im Umbruch? Archiv für Begriffsgeschichte (Sonderheft 2004), Hamburg: Felix Meiner, 131-146.

Zitationsvorschlag:

Große Kracht, Hermann-Josef (2010): »...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten« (Konrad Adenauer). Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?« Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Grosse_Kracht.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialethik

»Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?«
Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel

Philip Manow

Die soziale Marktwirtschaft als interkonfessioneller Kompromiss?
Ein Re-Statement

Hans-Richard Reuter

Vier Anmerkungen zu Philip Manow: Die soziale Marktwirtschaft
als interkonfessioneller Kompromiss? Ein Re-Statement.

Traugott Jähnichen

Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft

Torsten Meireis

Wem gehört die »Soziale Marktwirtschaft«?
Und was fängt er damit an?

Gerhard Wegner

Soziale Marktwirtschaft A und B. Kommentar zum Referat
von Traugott Jähnichen, ÖASI-Tagung, Münster, 15.01.2010

Stefan Leibold

Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?

Harry W. Jablonowski

Soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?
Korreferat zu Stefan Leibold

Bernhard Emunds

Ungewollte Vaterschaft.
Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft

Hermann-Josef Große Kracht

»...nichts gegen die Soziale Marktwirtschaft, denn das ist verboten«
(Konrad Adenauer). Sondierungen zur religiösen Tiefengrammatik
des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells im Anschluss an
Alfred Müller-Armack und Oswald von Nell-Breuning

Axel Bohmeyer

Zivilreligiöse Aufladung der »Sozialen Marktwirtschaft«
in postliberaler Gesellschaft?